





GENUG GESPART!

Öffentliche Leistungen stärken

Der Staat – ein ausufernder Moloch?	1
Solidarität im Sozialstaat	4
Öffentliche Armut – privater Reichtum	6
Sachzwang Staatsverschuldung?	8
Staatsausgaben: Wie viel? – Wohin? – Für was?	10
Gemeinden im stabilen Plus	12
Privat statt Staat?	14
Öffentlicher Dienst: „Jetzt sind wir dran“	16
Milliardengeschenke an Unternehmer und Reiche	18
Mehr Steuergerechtigkeit: unsere Alternativen	20
Öffentliche Aufgabe: Zukunftsinvestitionen	22



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**



Herausgeber:

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesvorstand
Ressort 1
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Verantwortlich:

Frank Bsirske

Bearbeitung:

Bereich Wirtschaftspolitik
Michael Schlecht (Bereichsleiter)
Ralf Krämer
Dr. Sabine Reiner
Dr. Norbert Reuter
Anita Weber

Kontakt:

Wirtschaftspolitik@verdi.de
www.wipo.verdi.de

Karikaturen:

Reinhard Alff

Gestaltung:

Hauer+Ege GmbH, Stuttgart
www.hauer-ege.de

Druck:

BUD, Potsdam

W-2684-02-0108

Februar 2008

Der Staat – ein ausufernder Moloch?

Wer kennt das nicht: Brutto ist der Verdienst ganz in Ordnung, aber netto sieht es deutlich schlechter aus. Jeden Monat sehen wir auf unserer Lohn- oder Gehaltsabrechnung, dass die Abzüge das Nettoeinkommen deutlich verringern. 30 bis 40 Prozent des Bruttoeinkommens machen Steuern und Sozialbeiträge bei den meisten Beschäftigten aus.

Bund, Länder und Gemeinden sind hoch verschuldet. Unternehmerverbände und Regierungspolitiker erwecken den Eindruck, immer höher steigende Ausgaben seien dafür verantwortlich. Deshalb müsse konsequent gespart und das Wachstum der Staatsausgaben gestoppt werden.

Zum Beleg wird immer wieder die Staatsquote angeführt. Fast jeder zweite Euro, der in Deutschland erwirtschaftet wird, falle dem Staat anheim. In populistischen Darstellungen ist dann davon die Rede, dass die Deutschen fast ein halbes Jahr nur für den Staat arbeiten würden, sie fast schon „Sklaven des Staates“ seien.

„Staatsquote“ heute niedriger

Die Staatsquote – der Anteil von Staat und Sozialversicherungen am Bruttoinlandsprodukt – ist in den letzten 30 Jahren im Trend nicht gestiegen! Sie lag seit Mitte der 1970er Jahre zwischen 45 und 48 Prozent. Von einer „immer stärkeren Ausplünderung“ durch den Staat kann also nicht gesprochen werden. In den letzten Jahren ist die Staatsquote sogar deutlich gesunken: auf nur noch 44 Prozent im Jahr 2007.

Wir wollen die Staatsquote senken.

CDU-Programm 2007

Für die Finanzierung der staatlichen Kernaufgaben genügt eine Staatsquote von 30 bis 35 Prozent. Hiervon ist Deutschland mit 46 Prozent meilenweit entfernt!

*Hans Jochen Henke, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V.
in: DIE WELT, 13. Juni 2007*

Durch die Rückführung des Staates auf seine Kernaufgaben wollen wir die viel zu hohe Staatsquote von heute 47 Prozent langfristig unter 40 Prozent drücken.

FDP-Wahlprogramm 2005

Tatsächlich sind die öffentlichen Ausgaben und insbesondere die Abgabenbelastungen in Deutschland auch im internationalen Vergleich relativ niedrig. Bei einem Ländervergleich zeigt sich: Die Steuer- und Sozialbeitragsbelastung in Deutschland liegt niedriger als in den meisten anderen hoch entwickelten Ländern.

Im Vergleich zu anderen Staaten hat Deutschland einen schlanken Staat und eine niedrige Staatsquote.

In vielen anderen Ländern werden die bei uns in der Sozialversicherung gesicherten Risiken nicht oder nicht in diesem Umfang durch kollektive Einrichtungen abgesichert. Zum Beispiel in den USA. Dort sind zwar die Sozialbeiträge niedriger. Aber viele Menschen können sich die private Versicherung nicht leisten. Über 60 Millionen US-Amerikaner sind nicht oder nur unzureichend gegen Krankheit versichert.

Vom Abbau der Sozialversicherung profitieren letztlich nur die Unternehmen, die Arbeitgeberbeiträge sparen. Und es profitieren Privatversicherungen, die sich über neue Kunden und höhere Beitragseinnahmen freuen. Die Beschäftigten zahlen drauf, weil sie private Vorsorge allein bezahlen müssen – ohne Arbeitgeberbeitrag. Diejenigen, die es am nötigsten hätten, können sich das meist gar nicht leisten. Vor allem ihnen droht Altersarmut.

Sozialversicherung statt teure Privatvorsorge

Die „Staatsquoten-Rechnerei“ ergibt ohnehin ein schiefes Bild. Denn neben dem Staat – Bund, Länder und Gemeinden – sind auch die Ausgaben der Sozialversicherungen enthalten. Diese schützen uns vor den Folgen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Arbeitsunfall und sorgen für die Rente im Ruhestand. Es handelt sich um eine kollektive, solidarische Versicherung der Beschäftigten. Die Sozialversicherung unterliegt zwar staatlichen Regeln, sie gehört aber nicht zum eigentlichen Staatsapparat.

Der Staat – ein ausufernder Moloch?

2

Was macht der Staat mit den Steuern?

Auch die Steuern, die dem Staat zufließen, kommen zum großen Teil den Bürgerinnen und Bürgern wieder zugute. Über ein Drittel der Staatsausgaben fließt als Kindergeld, Zuschuss an die Rentenversicherung oder andere Unterstützungszahlung unmittelbar breiten Teilen der Bevölkerung zu. Nur 22 Prozent sind Personalausgaben. Sie fallen vor allem in den Bereichen Bildung, öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie Verwaltungsaufgaben an. Alles dies sind notwendige Leistungen, die wir vom Staat erwarten und ohne die unser Gemeinwesen nicht funktionieren würde.

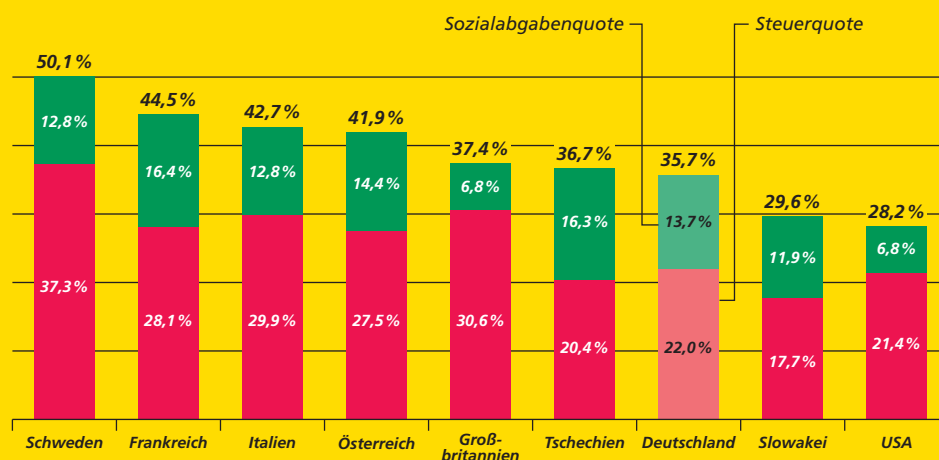
Jedenfalls ist höchste Vorsicht geboten, wenn Politiker und Interessenverbände ein generelles Zusammenstreichen der Staatsausgaben fordern. Denn tatsächlich bedeutet „Sparen“ beim Staat regelmäßig Verschlechterung öffentlicher und sozialer Leistungen, Verfall öffentlicher Infrastruktur, Privatisierung und höhere Gebühren. Genau das ist in den letzten Jahren passiert.

Staatsverschuldung – woher?

Aber woran lag der massive Anstieg der Staatsverschuldung nach dem Jahr 2000? Das Problem waren nicht gestiegene Ausgaben, sondern massiv gesunkene Einnahmen. Von 2000 bis 2004 sank der Anteil der öffentlichen Einnahmen an der Wirtschaftsleistung um 3,1 Prozentpunkte, das sind fast 70 Milliarden Euro im Jahr.

! Gesunkene Einnahmen sind verantwortlich für die hohe Staatsverschuldung.

Abgabenbelastung in Deutschland niedrig 2006, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Die Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen liegt in Deutschland deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Insbesondere die Steuerquote ist niedrig.
Quelle: OECD, Revenue Statistics 2007

Abgabenquoten nach OECD und nach Statistischem Bundesamt:

Die deutsche Statistik bezieht Zahlungen, die mit den Steuern verrechnet werden, in die Abgabenquote ein – zum Beispiel Kindergeld und Investitionszulagen. Ebenso einbezogen sind fiktiv ermittelte Sozialbeiträge für Beamte. Bei der Abgabenquote nach OECD ist dies zur besseren internationalen Vergleichbarkeit nicht der Fall. Deshalb ist die von der OECD ermittelte Quote niedriger als die vom Statistischen Bundesamt angegebene.

Ursache waren die Steuer- geschenke zugunsten von Unter- nehmen und hohen Einkommen. Hinzu kamen die Wirtschaftsflaute und wachsende Arbeitslosigkeit.

Der damalige Finanzminister Eichel versuchte die Defizite durch verschärfte Ausgabenkürzungen auszugleichen. Das hat die Krise nur noch verschärft. Der Staat ist nicht irgendein Haushalt. Wenn der Staat kürzt, fällt gesamtwirt- schaftliche Nachfrage aus. Dann wird noch weniger produziert, noch mehr Menschen werden arbeitslos, noch weniger Steuern und Sozialbeiträge werden einge- nommen, noch mehr Arbeitslosen- unterstützung nötig. Eine Spirale nach unten.

Sozialabbau als Programm

Zugleich verschlechterten die Kürzungen die Lage vieler Men- schen. Im öffentlichen Dienst wurde massiv Personal abgebaut, und die Einkommen der Beschäf- tigten gerieten unter Druck. Öffent- liche und soziale Leistungen wurden abgebaut, Straßen, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen kaum noch gepflegt.

Die Agenda 2010 erhob den Abbau des Sozialstaats zum Programm. Die große Koalition setzt diese Politik fort.

Ab 2003 kürzte die rot-grüne Koalition dann so brutal, dass trotz steigender Arbeitslosigkeit die Ausgaben gesenkt wurden. Vor allem zu Lasten der Erwerbslosen und der Rentnerinnen und Rentner.

Aber auch die übrigen Beschäftig- ten erfuhren verschärften Druck. Befristung, Minijobs, Leiharbeit und Fortfall der Zumutbarkeits- regelungen durch Hartz IV förder- ten das Lohndumping.

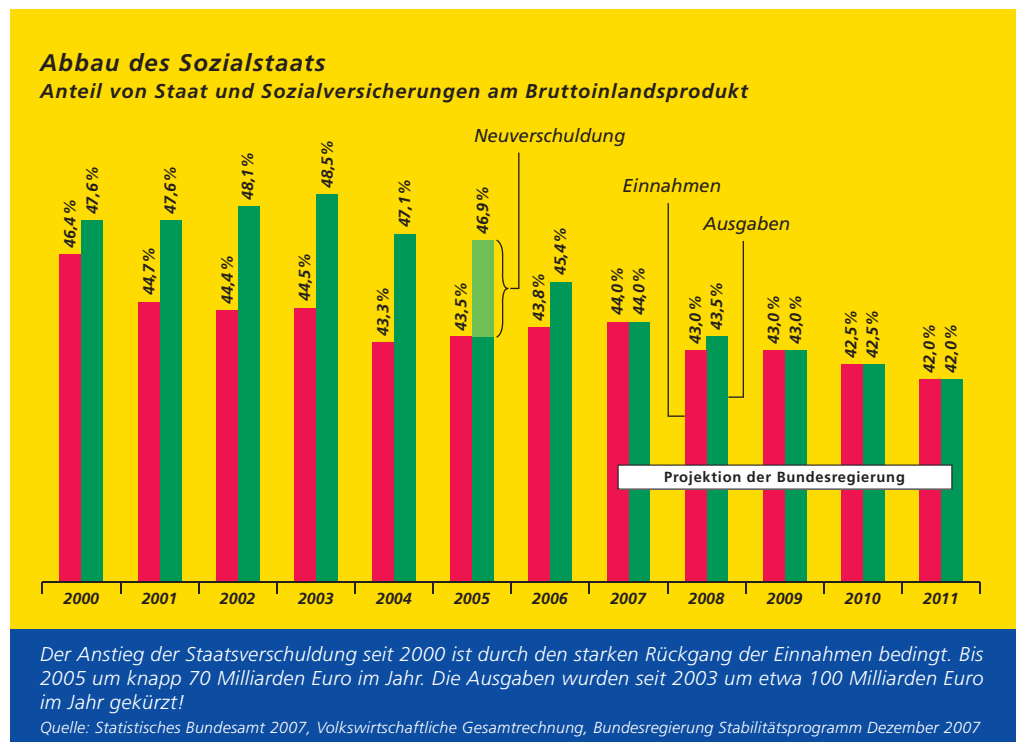
Die große Koalition setzt diese Politik im Prinzip fort, auch wenn sie sich durch den gewachsenen Protest zu begrenzten Korrekturen veranlasst sieht. Aber die Planungen gehen von einem weiteren Abbau des Sozialstaats aus.

Genug gespart!

Wir sagen: Es gibt Alternativen zu dieser Politik! Wir wollen gute Arbeit für alle statt Unsicherheit und Hungerlöhne! Wir wollen mehr und

bessere öffentliche Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, eine bes- sere Pflege von Alten und Kranken mit guten Arbeits- und Einkommens- bedingungen für die Beschäftigten! Verstärkte Anstrengungen für eine lebenswerte Umwelt und zum Klimaschutz! Renten und Arbeits- losenunterstützung, die ein men- schenwürdiges Leben und einen Erhalt des erarbeiteten Lebensstan- dards ermöglichen!

Dies kann finanziert werden durch eine gerechte Steuerpolitik und eine Bürgerversicherung, in die alle gemäß ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit Beiträge zahlen. Und wir können es durchsetzen! Wenn immer mehr Menschen erkennen, dass eine andere Politik nötig ist, und Druck machen, in Gewerkschaften, auf der Straße, in der Politik!



Solidarität im Sozialstaat

4

Die von den Gewerkschaften im vorletzten Jahrhundert mühsam erkämpfte Sozialversicherung – das Herzstück des Sozialstaates – scheint heute zur Last zu werden. Sie sei ausgeüfert, nicht mehr zu finanzieren, verteuere die Arbeit und vermindere so Arbeitsplätze. Marktradikale Politiker und Ökonomen sehen den Sozialstaat als Begrenzung von Individualität. Manche meinen gar, die Menschen seien im „Gefängnis sozialer Sicherungseinrichtungen“. Der „schlanke Staat“ wird als „modern“ propagiert. Motto: Je weniger Staat, desto besser.

Solidarität: Schlüssel für Freiheit und Individualität

Wer jung und gesund ist und gut verdient, kann günstig in eine private Krankenversicherung einsteigen. Teurer wird es für Familienväter oder -mütter, da jedes Familienmitglied einzeln versichert werden muss. Wollten Ältere in

In der Skid Row in Los Angeles beobachteten Passanten, wie ein Fahrer des Hollywood Presbyterian Medical Center einen Mann aussetzte, dem noch ein Kolostomiebeutel – ein künstlicher Darmausgang – an der Hüfte baumelte. Der querschnittsgelähmte Obdachlose kroch hilflos über den Bürgersteig ... Das liegt eben auch am System. Können Patienten nicht zahlen, lehnen Ärzte meist eine Behandlung ab. Erst wenn ein akuter Notfall eintritt, müssen Krankenhäuser auf eigene Rechnung auch nichtversicherte Patienten behandeln. Sobald sich deren Zustand bessert, werden sie entlassen – oft bis zum nächsten Notfall.

Frankfurter Rundschau 24. Februar 2007

eine private Versicherung einsteigen, wären die Prämien häufig unbezahlbar; vor allem, wenn die Gesundheit bereits beeinträchtigt ist.

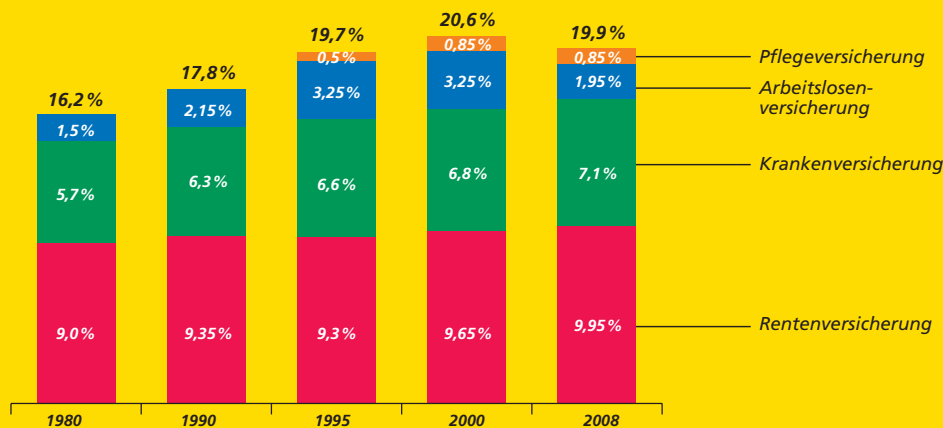
Erst der Aufbau des Sozialstaats konnte Absicherung und damit individuelle Entfaltungsmöglichkeiten für den Großteil der Bevölkerung gewährleisten.

Der Solidargedanke ist den privaten Versicherungen fremd. Mit mathematischen Modellen versuchen sie, möglichst genau das Risiko jedes Versicherten und die Kosten, die sie oder er verursachen könnte, zu schätzen. Entsprechend werden die individuellen Beiträge festgesetzt.

In der Sozialversicherung geht es vorrangig um einen gemeinschaftlichen Schutz. Die Beiträge hängen von der persönlichen Leistungsfähigkeit ab. Wer wenig verdient, zahlt weniger; wer mehr hat, zahlt höhere Beiträge. Egal, wie krank oder gesund man ist. Das ist die solidarische Umverteilung: von Gesunden zu Kranken, von Beschäftigten zu Arbeitslosen, von Beschäftigten mit höherem Einkommen zu jenen mit niedrigerem, von Singles zu Familien, zugunsten von Hinterbliebenen.

In den USA, einem Land mit überwiegend privatem Versicherungssystem, verfügen fast 50 Millionen über keinerlei Krankenversicherung. Das sind 16 Prozent der Bevölkerung. Und weitere 16 Millionen sind unterversichert.

Beiträge rauf – Versicherungsschutz runter
Beitragsätze der Beschäftigten in Prozent des Bruttoarbeitsentgelts



Vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit sind die Beitragsätze seit 1980 gestiegen. Beschäftigte müssen bei der Gesundheit immer mehr zuzahlen und seit 2005 sogar 0,9 Prozentpunkte alleine aufbringen. Die Arbeitgeber erhielten dadurch eine Entlastung von 0,45 Prozent. Und bei der Rente sollen sie sich zusätzlich privat versichern – wenn sie es können.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Statistisches Taschenbuch 2007

Angriffe auf die Sozialversicherung

Die rot-grüne Bundesregierung und auch die große Koalition haben die Leistungen der Sozialversicherung erheblich verschlechtert. Auch die gemeinsame „paritätische“ Finanzierung von Beschäftigten und Unternehmern ist beschädigt. Seit Mitte 2005 müssen die Beschäftigten in der Krankenversicherung 0,9 Prozent ihres Einkommens allein als Zusatzbetrag aufbringen. Bei der Rente sind sie angehalten, sich mittels Riester-Rente zusätzlich privat abzusichern. In der Planung der Bundesregierung sollen Beschäftigte zum heutigen Rentenbeitrag von knapp zehn Prozent vier Prozent hinzu „riestern“. Dies müssen sie alleine, ohne Arbeitgeberanteil bezahlen.

Sind die Beiträge zu hoch?

Viele Aufgaben, die eigentlich vom Staat zu erbringen sind, wurden den Sozialversicherungen aufgebürdet. Wie Rentenzuschläge und Anrechnungszeiten für Kindererziehung, Arbeitslosigkeit oder Ausbildung. Würden diese Aufgaben in voller Höhe über Steuern finanziert, könnten die Beiträge niedriger sein.

Auch die besonders in Ostdeutschland noch immer hohe Arbeitslosigkeit spielt eine große Rolle. Der starke Anstieg auf zeitweise fast fünf Millionen hatte höhere Ausgaben bei wegbrechenden Einnahmen zur Folge.

! **Statt sinkender Löhne brauchen wir kräftige Lohnsteigerungen.**
■ **Gerade auch wegen der Sozialversicherung.**

Damit aber nicht genug: Seit vielen Jahren stagnieren die Reallöhne und damit auch die Sozialversicherungsbeiträge.

Problem Lohnnebenkosten?

„Für höhere Löhne besteht wenig Spielraum, weil sonst die deutschen Unternehmen nicht mehr wettbewerbsfähig sind.“

Dies kann man von Unternehmern immer wieder hören. Insbesondere die sogenannten „Lohnnebenkosten“ – also im Wesentlichen die Sozialbeiträge – müssten gesenkt werden. Nur: Werden sie gesenkt, folgt in aller Regel Sozialabbau auf dem Fuß.

Für eine Senkung von Lohnkosten, in denen alle „Lohnnebenkosten“ enthalten sind, besteht überhaupt keine Veranlassung. Im Gegenteil: In den letzten Jahren sind die Lohnkosten in Deutschland deutlich weniger gestiegen als in allen anderen europäischen Ländern. Dies hat die Wettbewerbsfähigkeit weiter gesteigert. Seit 2003 ist Deutschland Exportweltmeister und konkurriert andere Länder mittlerweile in Grund und Boden.



Öffentliche Armut – privater Reichtum

Reiche werden immer reicher. Die Explosion bei den Managerbezügen markiert nur die Spitze des Eisbergs. Und alles zu Lasten der Einkommen der Beschäftigten: Die Lohnquote – der Anteil der Arbeitseinkommen am Bruttoinlandsprodukt – stürzte zwischen 2000 und 2006 von 72 Prozent auf unter 65 Prozent geradezu ab. Sie liegt nun wieder auf dem Niveau von 1970. Spiegelbildlich stieg in diesem Zeitraum der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am Bruttoinlandsprodukt – die Gewinnquote – von 28 Prozent auf 35 Prozent.

Massenarbeitslosigkeit und politisch gewollte Deregulierung haben bereits in den 1990er Jahren die Tariffucht begünstigt. Die Tarifbindung sank. Vor allem in den neuen Bundesländern. Unter Rot-Grün wurden dann – unter dem Applaus von CDU/CSU – den Gewerkschaften viele weitere

Knüppel zwischen die Beine geworfen. Befristete Jobs und Leiharbeit wurden für die Unternehmer „liberalisiert“. Minijobs wurden im großen Stil ermöglicht. Und die Zumutbarkeitsregelungen sind mit Hartz IV faktisch gestrichen worden. Qualifikation, Ausbildung und bisheriges Einkommen spielen keine Rolle mehr. Viele Erwerbslose sind gezwungen jeden noch so miesen Job anzunehmen.

! Mit Hartz IV sind viele Erwerbslose gezwungen jeden noch so miesen Job anzunehmen.

Durch diese Politik der Regierung wurde ein bislang nicht gekannter Hunger- und Niedriglohnssektor geschaffen. Dadurch sind die Durchsetzungsbedingungen der Gewerkschaften erschwert worden.

Gerade in den letzten Jahren sind Lohnzuwächse deutlich hinter dem Anstieg der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zurückgeblieben.

Steuern zu Lasten der Beschäftigten

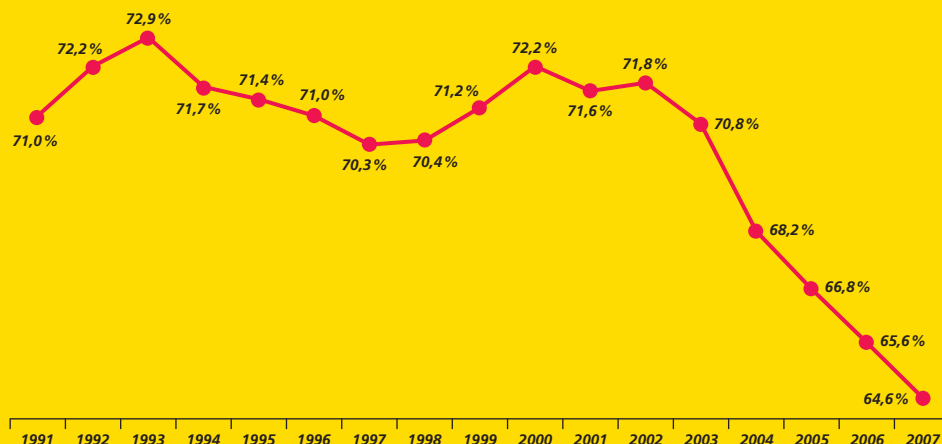
Auch mit der Steuerpolitik haben die Regierungen Kohl über Schröder bis zu Merkel kräftig an der Umverteilungsschraube von unten nach oben gedreht.

Ende der 70er Jahre trugen die Lohnsteuer, Verbrauchsteuern sowie Gewinn- und Vermögensteuern noch zu jeweils knapp einem Drittel zum gesamten Steueraufkommen bei. Damit ist es jedoch lange vorbei. Die Beschäftigten tragen mit ihrer Lohnsteuer zwar immer noch rund 30 Prozent. Unternehmer und Reiche zahlen aber deutlich weniger. Durch die wiederholte Senkung der Unternehmensteuer, des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer und nicht zuletzt durch die Abschaffung der Vermögensteuer. Trotz der Gewinnexplosion der letzten Jahre zahlen sie nur noch 21 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Staates.

! Trotz Gewinnexplosion wird der Staat heute nur zu 21 Prozent durch Gewinn- und Vermögensteuern finanziert – ein Drittel weniger als noch in den 70er Jahren.

Dafür liegen die Verbrauchsteuern – nicht zuletzt wegen der Anhebung der Mehrwertsteuer – mit 38 Prozent des gesamten Steueraufkommens auf Rekordniveau. Und gerade sie treffen die

Der Absturz der Lohnquote
Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen



Die Beschäftigten erhalten einen immer geringeren Anteil am Volkseinkommen. 1991 waren es noch 71 Prozent. Heute sind es weniger als 65 Prozent. Spiegelbildlich ist der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen – die Gewinnquote – von 29 Prozent auf über 35 Prozent angestiegen.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Die steuerliche Entlastung der Reichen wird über die Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert – so sieht „moderne“ Steuerpolitik aus.

Beschäftigten, die Erwerbslosen und die Rentnerinnen und Rentner besonders. Viele von ihnen leben nämlich „von der Hand in den Mund“ und müssen einen Großteil der erhöhten Mehrwertsteuer zahlen. Reiche und Empfänger von hohem Einkommen sparen dagegen viel und müssen entsprechend weniger Mehrwertsteuer auf ihr Einkommen zahlen.

Extrem ungleiche Vermögensverteilung

Das private Geldvermögen – Spareinlagen, Bausparguthaben, Aktien, Staatspapiere, Immobilienfonds, Lebensversicherungen – ist in den letzten zehn Jahren um rund 50 Prozent gestiegen. Von 3,0 Billionen Euro 1997 auf über 4,6 Billionen Euro 2007. Die Mehrheit hat jedoch davon nichts abbekommen. Neueste Untersuchungen zeigen eine noch dramatischere Ungleichverteilung des Nettovermögens – Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögen abzüglich der Schulden – als sie bisher aus den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung bekannt war. Danach hat die Hälfte der privaten Haushalte kein Vermögen oder nur Schulden. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen dagegen knapp 60 Prozent des Vermögens. Die ärmsten zehn Prozent haben nur Schulden.

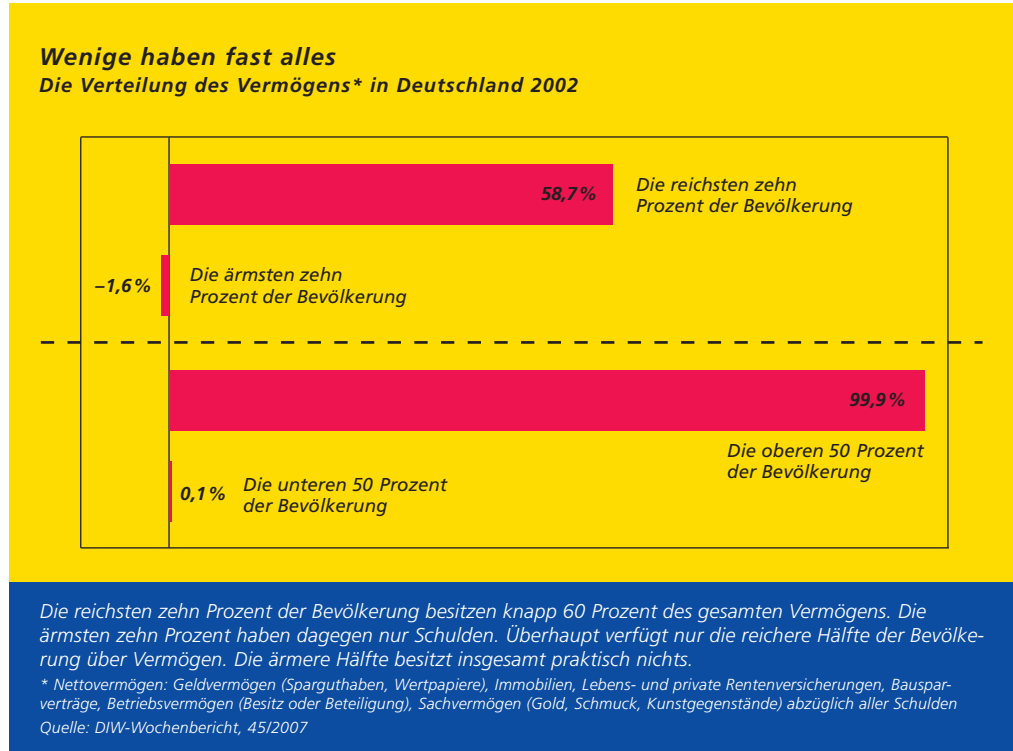
Der Staat schaut in die Röhre

Eine Kehrseite von Anstieg und Konzentration des Geldvermögens ist die hohe Verschuldung des Staates. Wegen großzügiger Steuererlasse an Vermögende, Reiche und Unternehmen mussten notwendige Ausgaben immer stärker über Kredite finanziert werden: Zwischen 1997 und Mitte 2007 wuchs der Schuldenstand des Staates um gut 45 Prozent von 1,1 Billionen Euro auf 1,6 Billionen Euro!

Riesigem privatem Reichtum steht eine große öffentliche Armut gegenüber.

Wieder höhere Steuern für Reiche und Unternehmen sind nötig, damit der Staat zukunfts wichtige Aufgaben solide finanzieren kann.

Trotz dieser Schuldenaufnahme reicht es nicht für die notwendigen staatlichen Investitionen. Die öffentliche Armut ist an vielen Ecken und Enden unübersehbar: Immer mehr holprige Straßen, die nicht instand gesetzt werden können, immer häufiger Schließungen von Freizeit- und Bildungszentren, öffentlichen Büchereien, Schwimmbädern ... Und der anhaltende Personalabbau im öffentlichen Dienst bedroht mittlerweile die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung.



Sachzwang Staatsverschuldung?

Notwendige öffentliche Aufgaben wurden in der Vergangenheit immer stärker über Schulden finanziert. Schuld ist die wiederholte Senkung der Unternehmenssteuer, des Spitzensteuersatzes und nicht zuletzt die Streichung der Vermögensteuer.

Bei der Entlastung von Spitzenverdienern und Reichen gab es eine große Kontinuität der Regierungen Kohl, Schröder und Merkel. Die verbliebenen Einnahmen reichten aber zunehmend vorne und hinten nicht mehr. Allein die Steuer-senkungen seit 1998 verursachen Einnahmeverluste für den Staat von über 40 Milliarden Euro – Jahr für Jahr!

Öffentliche Aufgaben müssen über Steuern finanziert werden. Die Besserverdienenden und Reichen müssen hierbei einen entsprechenden Beitrag leisten.

Die Profiteure der Staatsverschuldung

Besitzer von Geldvermögen profitieren von der Staatsverschuldung. Während die Mehrheit der Bevölkerung für die Staatsschulden über die Steuerzahlungen aufkommen muss, kassieren die Geldvermögensbesitzer die Zinsen – insgesamt rund 65 Milliarden Euro im Jahr. So viel Zinsen zahlt der Staat inzwischen wegen des Anstiegs der Schulden auf knapp 1.600 Milliarden Euro. Eine Verdreifachung seit Anfang der 1990er Jahre.

Auf Dauer ist es untragbar, dass rund zwölf Prozent der gesamten Steuereinnahmen für Zinszahlungen ausgegeben werden. Hierdurch findet eine permanente Umverteilung von steuerzahlenden Beschäftigten an Vermögensbesitzer statt.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, die jährliche Neuverschuldung tendenziell zu vermindern und perspektivisch auch eine Verringerung des Schuldenstandes anzustreben. Jedoch darf dies nicht durch die Fortsetzung der Schrumpfpolitik angesteuert werden. Unternehmen, Reiche und Spitzenverdiener müssen endlich wieder stärker besteuert werden.

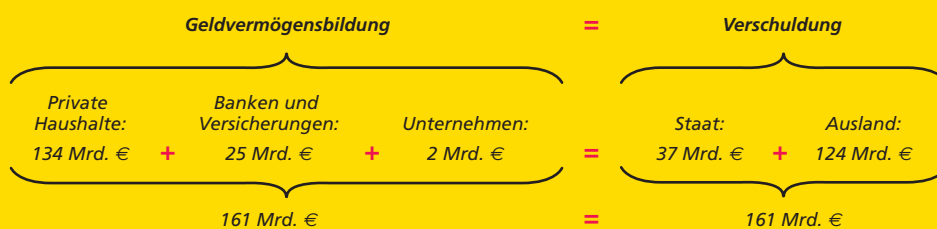
Schuldenabbau erfordert mehr Wachstum und eine gerechte Steuerpolitik.

Ankurbelung der Konjunktur

In konjunkturellen Schwächephasen oder gar bei drohender Rezession ist Schuldenabbau Gift für das wirtschaftliche Wachstum. Verschuldungsgrenzen dürfen den Handlungsspielraum der Politik nicht einengen. Der Staat muss anpacken und die Konjunktur ankurbeln können. Ein auf diese Weise erzeugtes höheres Wachstum führt zu höheren Einnahmen des Staates, die dann wieder die Rückzahlung der Schulden ermöglichen.

2006 hat genau dies funktioniert: In Folge des günstig ausgefallenen Wirtschaftswachstums von 2,9 Prozent stiegen die Steuereinnahmen gegenüber 2005 um sieben Prozent – das sind 37 Milliarden Euro. Die Erkenntnis ist klar: Für eine Verbesserung der öffentlichen Einnahmen und einen mittelfristigen Schuldenabbau ist ein höheres, ökologisch ausgerichtetes Wachstum notwendig. Hinzu kommen muss eine gerechte Steuerpolitik.

Geldvermögensbildung und Verschuldung in Deutschland 2006



Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2007

Schulden abbauen = Vermögen stärker besteuern

Im Jahr 2006 legten Privatleute in Deutschland über 130 Milliarden Euro auf die hohe Kante. Banken und Versicherungen 25 Milliarden Euro. Bis 2003 waren sie die Einzigen, die laufend ihr Vermögen erhöhen konnten. Für die Unternehmen insgesamt galt das nicht. Die hatten Jahr für Jahr Kredite aufgenommen, um ihre Investitionen vorzufinanzieren. Viele Unternehmen verdienen mittlerweile aber so gut, dass sie selbst Geld auf die hohe Kante legen. Dies gilt insbesondere für Großunternehmen. Seit 2004 ist bei allen Unternehmen unter dem Strich Geld übrig – zwei Milliarden Euro im Jahr 2006.

Irgendwo muss das Geld aber untergebracht werden. Im Inland bleibt nur noch der Staat. 2006 nahm er von der gesamten Ersparnis in Höhe von 161 Milliarden Euro jedoch auch nur noch 37 Milliarden auf. Die verbliebenen 124 Milliarden Euro, für die im Inland keine Schuldner gefunden wurden, flossen ins Ausland. So viel wie noch nie!

Damit zeigt sich: Die Verringerung der Neuverschuldung macht einen Abbau der privaten Geldvermögensbildung notwendig. Was würde nämlich passieren, wenn die Privatleute weiterhin hohe Ersparnisse bilden, der Staat aber wie die Unternehmen als Schuldner ausfallen würde? Die privaten Ersparnisse

würden noch mehr ins Ausland fließen. Das Problem: Noch schwächere Binnennachfrage, noch schwächeres Wachstum. So würde der Arbeitsmarkt zusätzlich belastet. Und das Ausland verschuldet sich immer mehr gegenüber Deutschland.

Öffentliche Verschuldung – ein Gerechtigkeitsproblem?

Öffentliche Verschuldung ist vor allem ein Verteilungsproblem innerhalb der Generationen. Das immer wieder behauptete Problem, mit Staatsverschuldung lebe man auf Kosten der nächsten

Generation, ist falsch. Denn wenn Infrastruktur kreditfinanziert aufgebaut oder die Bildung verbessert wird, profitieren auch die kommenden Generationen. Zudem werden ihnen nicht etwa nur Schulden hinterlassen. Sie erben in exakt gleichem Umfang auch die Guthaben. Spannende Frage ist nur, wer die Schulden und wer die Guthaben erbt.

Auch in Zukunft profitieren die einen durch Rückzahlungen und Zinsen, während die anderen diese mittelbar durch ihre Steuerzahlungen aufbringen müssen.

! Eine gerechte Steuerpolitik ist auch Voraussetzung für Gerechtigkeit unter den Generationen.

! Staatlicher Schuldenabbau erfordert höhere Besteuerung der Besserverdienenden und Reichen! Sonst drohen Wachstumsverluste und Abbau von Arbeitsplätzen.



Staatsausgaben: Wie viel? – Wohin? – Für was?

Staatsausgaben: Wie viel? – Wohin? – Für was?

10

Das Bild vom „Moloch Staat“: Oft bemüht, aber es trägt. Auch unter Einbeziehung der Sozialversicherungen gibt der Staat immer weniger für öffentliche und soziale Aufgaben aus. Zur Jahrtausendwende waren es rund 48 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, heute sind es noch 44 Prozent oder über 90 Milliarden Euro weniger pro Jahr.

Staatsausgaben unter der Lupe

Den mit Abstand größten Teil des Geldes geben Bund, Länder und Gemeinden für die soziale Sicherung aus – über 260 Milliarden Euro oder fast 40 Prozent der Gesamtausgaben von 680 Milliarden Euro im Jahr 2006. Davon haben wir früher oder später alle etwas: wenn wir Eltern werden, in Zeiten von Erwerbslosigkeit oder wenn wir in den Ruhestand gehen.

Der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung ist mit knapp 80 Milliarden Euro der dickste Brocken. Ein Fünftel davon wird durch die Ökosteuern finanziert, die Rot-Grün 1999 zu diesem Zweck eingeführt hat. Der Zuschuss leistet einen Beitrag zu den allgemein gesellschaftlichen Aufgaben, die nicht den Beitragszahlern aufgebürdet werden sollen. Dazu gehören etwa Leistungen infolge der deutschen Einheit, Renten an Spätaussiedler, Beiträge für Kindererziehungszeiten und der vorgezogene Ruhestand, als er noch ohne Abschläge möglich war.

Die Ausgaben für soziale Sicherung fließen zum größten Teil als Kindergeld, Rente und Pension oder Arbeitslosengeld an diejenigen, die es brauchen oder sich erarbeitet haben.

Pensionszahlungen an Beamten und Beamte im Ruhestand zählen ebenfalls zu den Ausgaben für die soziale Sicherung. Mit rund 35 Milliarden Euro haben sie ungefähr die gleiche Größenordnung wie die Ausgaben für Kindergeld und Kinderfreibeträge.

Der vierte und letzte große Posten bei der sozialen Sicherung sind die Ausgaben rund um das Arbeitslosengeld II – insgesamt etwa 45 Milliarden Euro. Die Hälfte davon geht an die Erwerbslosen selbst, jeweils etwa zehn Milliarden sind für die Familienmitglieder sowie für die Kosten des Wohnens.

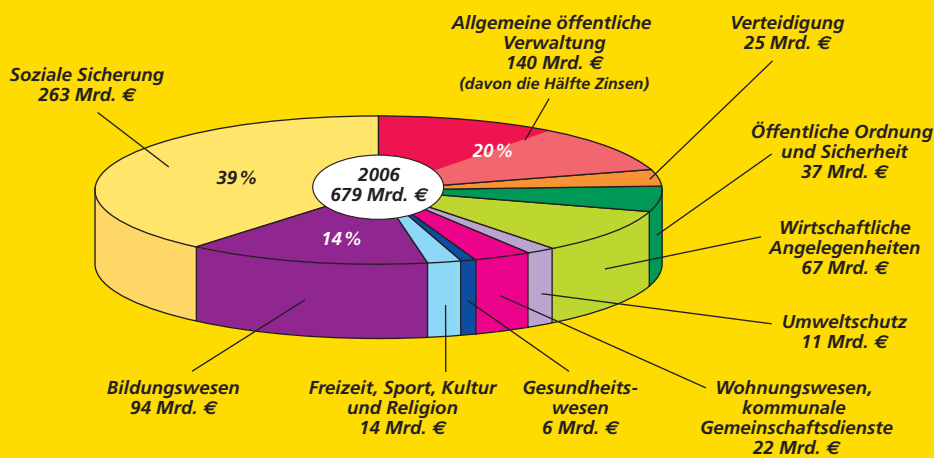
Sozialstaat macht zuversichtlich

Ob bei Schwangerschaft, Jobverlust oder im Alter: Wir wollen im Fall des Falles auf Sozialstaat und Solidarität zählen können.

Ohne soziale Sicherheit gibt es Freiheit nur für wenige.

Gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt sind die Ausgaben für soziale Sicherung von 8,7 Prozent im Jahr 1991 auf den Höchststand von 11,5 Prozent im Jahr 2003 gestiegen. Inzwischen sind sie auf 11,3 Prozent im Jahr 2006 wieder leicht zurückgegangen. Wichtige Ursache für den Anstieg

Wofür gibt der Staat Geld aus?



Fast 40 Prozent der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sind für die soziale Sicherung. Das meiste davon wird als Kindergeld, Rente, Pension oder Arbeitslosengeld direkt wieder an die ausgezahlt, die es tatsächlich brauchen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

war die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit, durch die viele Menschen auf soziale Leistungen angewiesen sind.

Zunehmend lassen sich auch Unternehmer Hungerlöhne vom Sozialstaat subventionieren. 1,3 Millionen Beschäftigte erhalten „aufstockendes“ Arbeitslosengeld II, Tendenz steigend, Kosten: acht Milliarden Euro. Im Alter werden viele von ihnen weiter auf staatliche Grundsicherung angewiesen sein, wenn die Rente nicht zum Leben reicht. Dagegen hilft ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde, der in Schritten neun Euro erreicht.

Wir wollen keine Kürzungen bei den Ausgaben für soziale Sicherung. Sie treffen vor allem die Schwachen in der Gesellschaft. Außerdem schaden sie der Konjunktur, weil sie sofort einen Ausfall von Nachfrage zur Folge haben.

Zinsen und Beschäftigte

Die Zinsausgaben des Staates verstecken sich unter dem zweitgrößten Ausgabeposten mit dem bürokratischen Titel „Allgemeine Öffentliche Verwaltung“. Etwa die Hälfte dieses Postens fällt für Zinsen an. Der restliche Teil sind überwiegend Löhne und Gehälter der Beschäftigten von Bund, Ländern und Gemeinden.

Beim Personal hat der Staat massiv gekürzt. Anfang der 1990er Jahre hat er rund 27 Prozent der Gesamtausgaben dafür verwendet. Ende der 1990er waren es noch knapp 25 Prozent und heute sind es nur noch gut 22 Prozent. Das bedeutet heute ein jährliches Minus von etwa 30 Milliarden Euro. Der wesentliche Grund: Über ein Viertel des Personals wurde seit 1991

abgebaut. Besonders drastisch war die Entwicklung in den Gemeinden: Sie haben die Zahl der Beschäftigten sogar um mehr als ein Drittel verringert.*

Bildung ist Zukunft

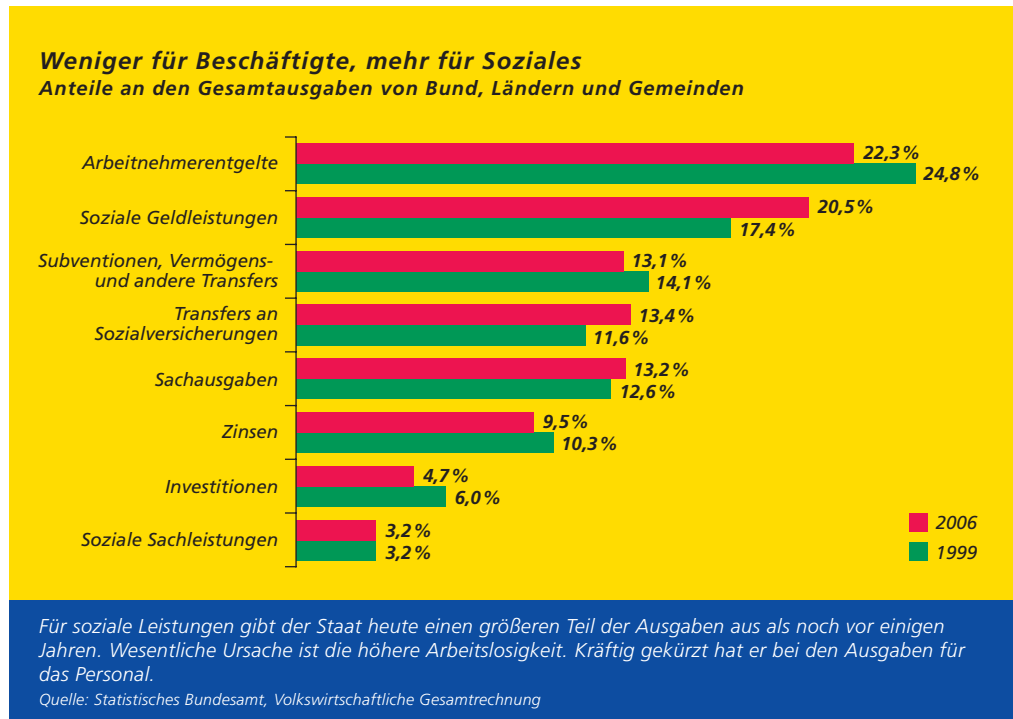
Schon an dritter Ausgabenstelle steht die Bildung. Ein prominenter und guter Platz – aber es reicht nicht. Der Staat gab im Jahr 2006 mit 94 Milliarden Euro exakt so viel aus wie im Jahr 2004. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist der Anteil in diesem Zeitraum von 4,3 auf 4,1 Prozent gesunken.

Verglichen mit dem internationalen Durchschnitt sind das mindestens zehn Milliarden Euro zu wenig im Jahr. Verglichen mit Pisa-Spitzenreitern wie Finnland, aber auch mit Ländern wie Frankreich oder den USA sind es 20 bis 30 Milliarden Euro weniger.

Zur angemessenen Finanzierung von Zukunftsbereichen muss der private Reichtum wieder deutlich mehr beitragen.

Insgesamt hat der Sparwahn der Politik die öffentlichen Leistungen für Bürgerinnen und Bürger immer weiter verschlechtert. Wir erwarten gute Angebote und hochwertigen Service von Polizei und Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr und Stadtreinigung, öffentlicher Verwaltung und Justiz, Musikschulen und Museen. Das funktioniert nur, wenn die Finanzierung ausreicht und die Arbeit von den Beschäftigten zu bewältigen ist.

* Vgl. ver.di, „Tarifrunde öffentlicher Dienst 2008“, Seite 25 ff.



Gemeinden im stabilen Plus

Die Finanzsituation der Gemeinden hat sich wieder deutlich entspannt. Dank steigender Einnahmen weisen sie schon seit 2006 einen Überschuss auf. Insgesamt haben die Einnahmen 2006 und 2007 um jeweils fünf Prozent zugenommen – vor allem dank sprudelnder Steuern. Die direkten Zahlungen von Ländern und Bund – die sogenannten „Zuweisungen“, der zweitgrößte Einnahmeposten der Gemeinden – sind ebenfalls wieder angestiegen, allerdings nicht so stark wie die Steuereinnahmen. Selbst wenn die Zuwächse künftig etwas kleiner ausfallen sollten, bleibt das höhere Einnahmenniveau „tabellenwirksam“ erhalten und schafft dauerhaft erheblich mehr finanziellen Handlungsspielraum.

Steigende Einnahmen schaffen erheblich mehr finanziellen Spielraum für Städte und Gemeinden.

Die Mehrausgaben beliefen sich 2007 trotzdem nur auf bescheidene knapp drei Prozent – nach gerade einmal 1,5 Prozent 2006. Die Personalausgaben sind 2006 sogar um knapp ein Prozent gesunken und bewegten sich auch 2007 mit geschätzten minus 0,2 Prozent kaum vom Fleck.

Verschuldung rückläufig

Viele Städte und Gemeinden sind nach wie vor hoch verschuldet: im Jahr 2007 mit insgesamt gut 80 Milliarden Euro. Seit dem Höchststand im Jahr 2004 immerhin ein Rückgang um über vier Milliarden Euro. Dazu kommen kurzfristige Kassenkredite, die weiter auf knapp 30 Milliarden Euro angestiegen sind. Mit ihnen überbrücken vor allem finanzschwache Gemeinden kurzfristige Finanzengpässe.

Reiche Kommunen brauchen keine Kassenkredite mehr – sie tilgen inzwischen Schulden. Verschuldung und Kassenkredite zusammengenommen waren 2007 leicht rückläufig.

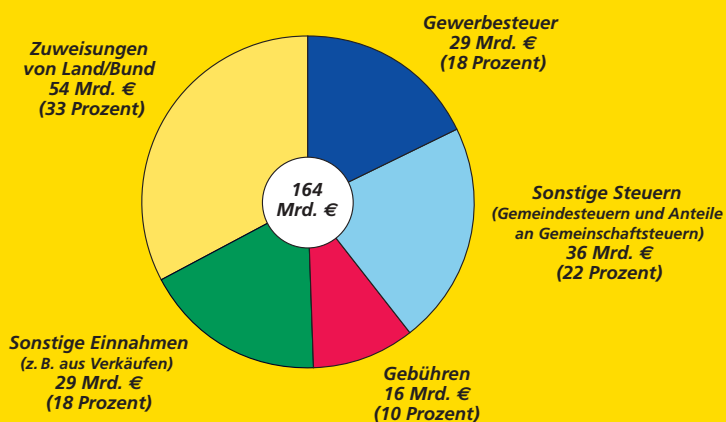
Verglichen mit der Gesamtverschuldung des Staates ist der Anteil der Städte und Kommunen allerdings gering: Die gesamtstaatliche Verschuldung liegt bei knapp 1,6 Billionen Euro – bzw. 1.600 Milliarden Euro. Grob gerundet tragen die Gemeinden davon 100 Milliarden Euro. Die Länder stehen mit 500 und der Bund mit 1.000 Milliarden Euro in der Kreide.

Rotstiftpolitik

Der Anstieg der Schulden in den vergangenen Jahren war nicht durch eine verschwenderische Ausgabenpolitik der Kommunen verursacht. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegen die Ausgaben seit Jahren stabil bei gut sieben Prozent – trotz zusätzlicher Anforderungen zum Beispiel für den Ausbau von Kitas oder höhere Ausgaben für soziale Leistungen wie die Kosten für das Wohnen. Die Zusatzaufgaben wurden per Rotstift in anderen Bereichen „finanziert“: Durch Kürzungen beim Personal, bei der Instandhaltung von Gebäuden oder Straßen, bei Bildungs-, Freizeit- und Kultureinrichtungen, durch Privatisierungen und Verscherbeln von kommunalem Tafelsilber wie zum Beispiel Wohnungen.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind nicht die Ausfallbürgen für eine verfehlte Finanzpolitik.

Woher bekommen Gemeinden ihr Geld?



Insgesamt 40 Prozent ihrer Finanzmittel erhalten Städte und Gemeinden aus Steuereinnahmen. Die Zuweisungen von den Ländern bzw. dem Bund – ein Drittel der Einnahmen – sind zum Teil zweckgebunden zur Finanzierung bestimmter Aufgaben. Teilweise soll auch die unterschiedliche Steuerkraft der Gemeinden ausgeglichen werden. Gebühren, Verkäufe und Sonstiges machen die kleineren Teile der Einnahmen aus.

Quelle: der städtetag: Gemeindefinanzbericht 2007; Zahlen für das Jahr 2007

Um neue Schulden zu vermeiden und die alten abzubauen, brauchen die Gemeinden weiterhin steigende Einnahmen. Mit noch mehr Kürzungen und weiterem Sparwahn ist die Entschuldung nicht zu erreichen. Sparen, sparen, sparen ... das hat nur Leistungen und Lebensqualität in unseren Gemeinden verringert und die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst unter Druck gesetzt. Angestiegen ist die Verschuldung trotzdem.

Einnahmen stabilisieren

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus allen Parteien wissen: Ohne sichere und stabile Einnahmen können sie die Gemeindehaushalte nicht im Griff behalten. Städte und Gemeinden haben sich deshalb – mit Unterstützung der Gewerkschaften – erfolgreich für den Erhalt und Ausbau der Gewerbesteuer eingesetzt. Die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle hat wesentlich zur besseren Finanzsituation der Gemeinden beigetragen. Von einem Tiefpunkt im Jahr 2003 bei 15 Milliarden Euro sind die Einnahmen auf fast 30 Milliarden Euro im Jahr 2007 angestiegen.

Die Gewerbesteuer ist die Gegenleistung der Wirtschaft für die Nutzung der Infrastrukturleistungen der Gemeinden.

Die Senkung der Unternehmensteuern durch die große Koalition bedeutet erneute Steuerausfälle für die Gemeinden. Von 2008 bis 2011 werden es selbst nach Angaben des Finanzministers über vier Milliarden sein. Experten erwarten viel höhere Ausfälle.

Verantwortung von Bund und Ländern

Mehr als 20 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr bringen die Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer den Bundesländern. Damit könnten sie die Finanzausstattung ihrer Kommunen wirksam und dauerhaft aufstocken. Vor allem jenen Gemeinden wäre geholfen, die es bisher nicht aus eigener Kraft schaffen, Schulden abzubauen. Alle Mehreinnahmen aus Vermögen- und Erbschaftsteuer nur für die Schuldentilgung zu verwenden, wäre sicherlich nicht sinnvoll. Aber um die Dimension zu verdeutlichen: Würde man nur auf Tilgung setzen, dann wären die Kommunen innerhalb von fünf Jahren schuldenfrei!

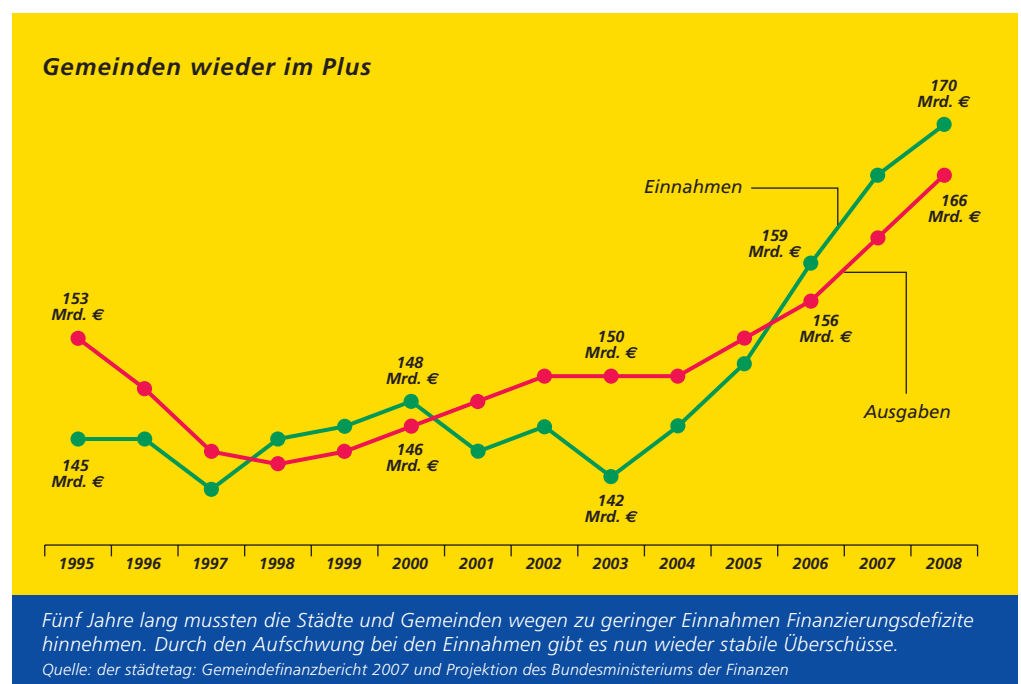
Allein die vom Verfassungsgericht angemahnte Reform der Erbschaftsteuer könnte statt bisher vier künftig zehn Milliarden Euro

bringen. Aber die große Koalition schont reiche Erben. Sie schöpft die möglichen Mehreinnahmen nicht aus und verzichtet gegenüber geltendem Recht sogar noch auf eine halbe Milliarde Euro.* Mit immer neuen Steuergeschenken an Unternehmer und Reiche muss endlich Schluss sein.

ver.di fordert:

- Städte und Gemeinden müssen den verbesserten Finanzspielraum zur Erfüllung ihrer Aufgaben nutzen;
- die stärkere Beteiligung der Unternehmer an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben;
- die Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer.

* Vgl. Erbschaftsteuer reformieren! ver.di, Wirtschaftspolitische Informationen 4/2007, Steuern sprudeln – genug gespart! ver.di, Wirtschaftspolitische Informationen 6/2007, www.wipo.verdi.de



Privat statt Staat?

„Privatisierung“ galt lange Zeit als ein Zauberwort. Privatisierung schaffe nur Vorteile – hieß es: Der Staat spare Kosten, die privaten Unternehmen würden Arbeitsplätze schaffen. Bürgerinnen und Bürger würden besser versorgt.

Vor allem Kanzler Kohl forcierte ab 1982 Entstaatlichung und Privatisierung.

Privatisierung galt lange Zeit als Königsweg zu höheren Gewinnen, stärkerem Wachstum und mehr Arbeitsplätzen.

Gewinnchancen für Unternehmen sollten so gefördert werden. In den 1980er Jahren ging als Folge der Privatisierungspolitik die Zahl

Erste Folge der Privatisierung im sächsischen Muldentalkreis: 20 entlassene Müllmänner. Ihre Arbeit hatte sie immer ernährt. Jetzt leben sie von der Stütze. Aus Angst vor Arbeitslosigkeit nahmen einige ihrer Kollegen das Angebot des Privaten an. Und nun wird es absurd. Sie verdienen nur knapp 880 Euro im Monat. Jetzt muss der Kreis allein einem Müllmann 3.840 Euro pro Jahr an aufstockendem Hartz IV und Wohngeld zahlen, weil er von seinem Lohn nicht leben kann.

WDR-Magazin Monitor vom 18. Januar 2007

der Unternehmen mit Bundesbeteiligung von über 800 auf 130 zurück. Große staatseigene Unternehmen wie VIAG, VEBA, Volkswagen, Lufthansa und die Salzgitter AG wurden privatisiert. In den 1990er Jahren folgte die Deutsche Bundespost. Deutsche Telekom und Deutsche Bahn wurden zu privatrechtlich eigenständigen Einrichtungen.

Die rot-grüne Regierung unter Schröder wie auch die Regierung Merkel setzten den Kurs fort.

Das zeigt sich nicht zuletzt durch den von beiden Regierungen forcierten Börsengang der Deutschen Bahn und die beabsichtigte Privatisierung der Flugsicherung. Letztere scheiterte nur, weil der Bundespräsident aus verfassungsrechtlichen Bedenken Ende 2006 seine Unterschrift verweigerte.

Privatisierung in den Kommunen

Zentraler Träger öffentlicher Aufgaben sind die Kommunen. Sie erbringen knapp zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen. Zu den klassischen kommunalen Aufgaben zählen die Energie- und Wasserversorgung, die Abfall- und Abwasserentsorgung, der ÖPNV sowie die Sparkassen. Vor allem bei der Abfall-Verwertung, den Krankenhäusern und der Strom- und Gasversorgung wurde die Privatisierung weit vorangetrieben. Hier sind bundesweit mittlerweile über 90 Prozent privatrechtlich organisiert. Da es sich um besondere Güter handelt, auf die die Menschen angewiesen sind, lassen sich hohe Preise leichter durchsetzen. Profite sprudeln! Demgegenüber sind Bauhöfe, Kitas, Grünflächenämter, Sportstätten oder kulturelle Einrichtungen wie Büchereien mit unter 20 Prozent Privatisierung wenig betroffen.

Abfallentsorgung in Soltau-Fallingbostal

Nach der Verschmelzung der Landkreise Soltau und Fallingbostal wurde die Abfallentsorgung wieder komplett von der Kommune übernommen. Vorher hatte man die Abläufe und die Logistik optimiert. Letztlich spart die Kommune hierdurch. Die Privaten waren zwar auf den ersten Blick günstiger. Ihr Service war aber so schlecht, dass zusätzlich kommunale Müllwerker ausrücken müssen. Im Rat diskutiert nun niemand mehr über die Privatisierung der Abfallentsorgung.

Gebäudereinigung in Dortmund

Um Geld zu sparen hat Dortmund mehr und mehr Private mit der Reinigung von Schulen und Ämtern beauftragt. Das ist vorbei. Es wurden neue Arbeitszeitmodelle ausgetüftelt,

Arbeitsabläufe verbessert und neue Technik angeschafft. Ergebnis: Die Kosten für die städtische Reinigung wurden um knapp ein Drittel reduziert. Der Anteil der Gebäude, die die Stadt nun wieder in Eigenregie reinigt, liegt bei 52 Prozent. Tendenz steigend! 110 Arbeitsplätze wurden bereits geschaffen; Personalrat und ver.di arbeiten gerade daran, dass weitere 100 Kolleginnen und Kollegen für die städtische Eigenreinigung eingestellt werden. Viele haben schon vorher kommunale Objekte gereinigt – für private Anbieter mit erheblich schlechterer Bezahlung. Aktuelle Qualitätsabfragen zeigen eine hohe Zufriedenheit mit den kommunalen Reinigerinnen und Reinigern. Gebäude und Inventar halten zudem länger. Und das spart langfristig Kosten!

<http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung>

Als Grund für Privatisierungen werden vor allem die klammen kommunalen Kassen genannt. Der Verkauf von Stadtwerken, Kliniken und Wohnungsbeständen erschien häufig als einziger Ausweg, um Geld in die Kassen zu bekommen.

Ende der Privatisierungseuphorie?

Mittlerweile hat die Privatisierungseuphorie aber Dämpfer bekommen. Nicht nur weil zum Beispiel ehemals staatliche Gas- und Stromversorger die Kunden nun privat ordentlich zur Kasse bitten. Auch die Leistungen sind oftmals deutlich schlechter geworden. Davon können viele ein Lied singen, die etwa auf den ÖPNV angewiesen sind.

Während der Privatisierungszug jeden Bereich zu erfassen schien, gibt es mittlerweile Anzeichen für eine Trendwende.

Mit der Privatisierung verlieren Städte und Gemeinden politischen Einfluss. Ein Stück Demokratie geht so verloren. Ganze Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind plötzlich der öffentlichen Kontrolle entzogen. Kritiker hatten hiervoor gewarnt. Auch dass Privatisierung die Kommunen letztlich teurer kommt. Und sie behielten auch hier Recht. Zudem erbringen die kommunalen Unternehmen oft bessere Leistungen als die privaten.

Wer kennt nicht die Beispiele über die privatisierte Müllentsorgung? Zunächst schien es billiger für die Kommunen zu sein. Da die Privatunternehmen die Kostenvorteile aber oft nur über Hungerlöhne erreichen, haben die ehemaligen Kommunalbeschäftigten plötzlich

Zehn Prozent der Kommunen, die in der Vergangenheit Privatisierungen durchgeführt haben, wollen die an private Anbieter übertragenen Aufgaben wieder von der öffentlichen Hand ausführen lassen.

Michael Janetschek: Privatisierung und ÖPP als Ausweg? Ernst&Young, Stuttgart 2007, Seite 4.

Anspruch auf aufstockendes Hartz IV und Wohngeld. Und das müssen die Kommunen zahlen ...

Rekommunalisierung

Kein Wunder, dass Städte und Gemeinden beginnen, sich wieder das zurückzuholen, was sie lautstark einst ausgegliedert haben.

Rekommunalisierung ist ein Weg, Arbeitsplätze bei den Städten und Gemeinden zu erhalten, neue zu schaffen und oftmals auch noch zu sparen. Für die Kolleginnen und Kollegen gilt wieder der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Und die Daseinsvorsorge bleibt in öffentlicher Hand. Davon profitiert die kommunale Politik durch direkten Einfluss auf die Dienstleistung, ihren Preis und die Qualität. Und das kommt all jenen zugute, die nicht zu den gut und sehr gut Verdienenden gehören.



Unter den Schrumpfprogrammen des Staates hat in den vergangenen Jahren besonders das Personal im öffentlichen Dienst gelitten. Überall herrscht Personalmangel – bei der Feuerwehr, der Verwaltung, beim Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebot bis hin zur Lebensmittelkontrolle und Steuerprüfung. Und für ältere Menschen, die in Heimen leben, reicht es häufig nur noch für die Satt-und-sauber-Pflege. Die Arbeitslast für die Beschäftigten steigt. Oft zu Lasten ihrer Gesundheit.

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist zwischen 1991 und 2006 von 6,7 Millionen auf 4,6 Millionen abgebaut worden. Über zwei Millionen oder 30 Prozent Beschäftigte weniger.* Das gesamte Arbeitsvolumen ist sogar noch wesentlich stärker gesunken, da gleichzeitig Vollzeit- in Teilzeitstellen umgewandelt worden sind:

Die Vollzeitbeschäftigung sank im Zeitraum 1991 bis 2006 um 44 Prozent, die Teilzeitbeschäftigung stieg dagegen um rund 30 Prozent auf 1,4 Millionen.

Wachsende Aufgaben des Staates müssen heute mit immer weniger Beschäftigten erledigt werden.

Rund die Hälfte der im öffentlichen Dienst weggefallenen Arbeitsplätze sind der Privatisierung der *Deutschen Bundespost* (1995) und Änderungen der Beteiligungsverhältnisse bei der *Deutschen Telekom* (1998) und der *Deutschen Bahn AG* (1999) geschuldet. Diese Betriebe wurden aus dem öffentlichen Dienst ausgegliedert und zu privatrechtlich selbstständigen Einrichtungen.

Privatisierungswahn

Durch weitere Privatisierungen sind große Bereiche der Daseinsvorsorge ganz dem Einflussbereich öffentlicher Arbeitgeber entzogen worden. Die Beispiele reichen von der Müllentsorgung über die Energie- und Wasserversorgung und den öffentlichen Personennahverkehr bis hin zur Altenpflege.

Die Privatisierungseuphorie ist mittlerweile deutlich zurückgegangen. Leistungsverschlechterungen lagen schon seit langem offen zutage. Zunehmend merken auch Politikerinnen und Politiker, dass Privatisierungen die Städte und Kommunen letztlich finanziell nicht ent-, sondern belasten.

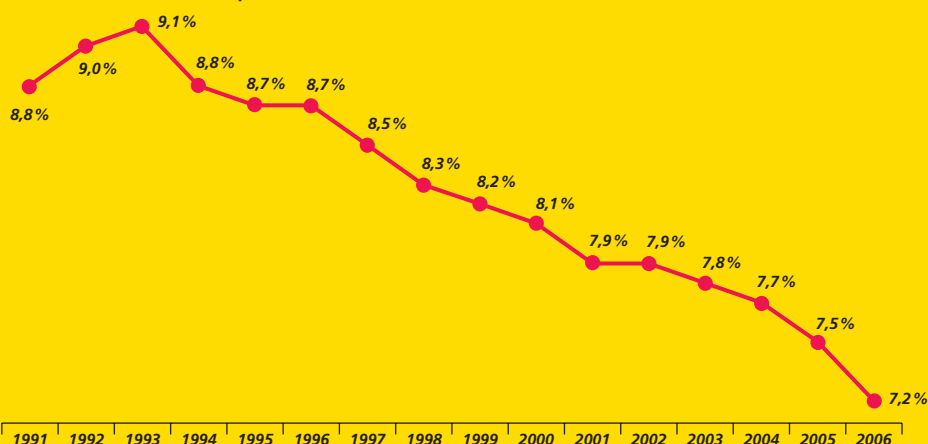
Falsche Steuergeschenke

Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche haben den Druck auf die Personalausgaben des Staates erhöht. Seit 1995 haben sich die Ausgaben für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst kaum erhöht. In den letzten Jahren sinken sie sogar. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt fallen sie seit 1993 kontinuierlich: von 9,1 Prozent auf den historischen Tiefstand von 7,2 Prozent im Jahr 2006.

Dabei war schon in der Vergangenheit klar, dass Deutschland einen „vergleichsweise schlanken öffentlichen Dienst“ hat. Dies war schon 2002 im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung zu lesen. Aktuelle internationale Studien bestätigen erneut: Der öffentliche Dienst in Deutschland ist alles andere als zu groß.

* Vgl. hierzu auch die ver.di-Broschüre „Tarifrunde öffentlicher Dienst 2008“.

Personalausgaben des Staates
Anteil am Bruttoinlandsprodukt



Seit 1995 sind die Personalausgaben von 162 Milliarden Euro lediglich auf 170 Milliarden Euro im Jahr 2004 angestiegen. Seither sinken sie sogar. Als Anteil am Bruttoinlandsprodukt gehen sie bereits seit 1993 stetig zurück.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnungen

Weniger Beschäftigte

Der hohe Personalrückgang im öffentlichen Dienst ist auch mitverantwortlich für den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. Selbst im Abschwung hat der Staat weiter Personal abgebaut, statt durch Einstellungen stabilisierend auf den Arbeitsmarkt zu wirken. Seit 1993 sinkt die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Jahr für Jahr.

Die skandinavischen Länder zeigen, dass es auch anders geht: Der öffentliche Dienstleistungsbereich wurde hier massiv ausgebaut. Zeitweise war dies sogar die maßgebliche Ursache für den gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsanstieg.

In Dänemark kommen 2005 auf 1.000 Einwohner 172 Beschäftigte im öffentlichen Dienst, in Finnland 124. In Deutschland dagegen nur 56!

Kräftige Tariferhöhungen

Seit 1995 liegen die Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst regelmäßig unter dem ohnehin schon geringen Anstieg in der Gesamtwirtschaft. Im Westen beträgt der Rückstand zur Entwicklung in der Gesamtwirtschaft mittlerweile zehn Prozentpunkte!

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben Nachholbedarf: Krankenschwestern und Feuerwehrleute, Pflegekräfte und Kanalarbeiter, Erzieherinnen, Beamtinnen und Beamte und all die anderen leisten gute, qualifizierte und vor allem notwendige Arbeit. Dafür müssen sie auch angemessen bezahlt werden!

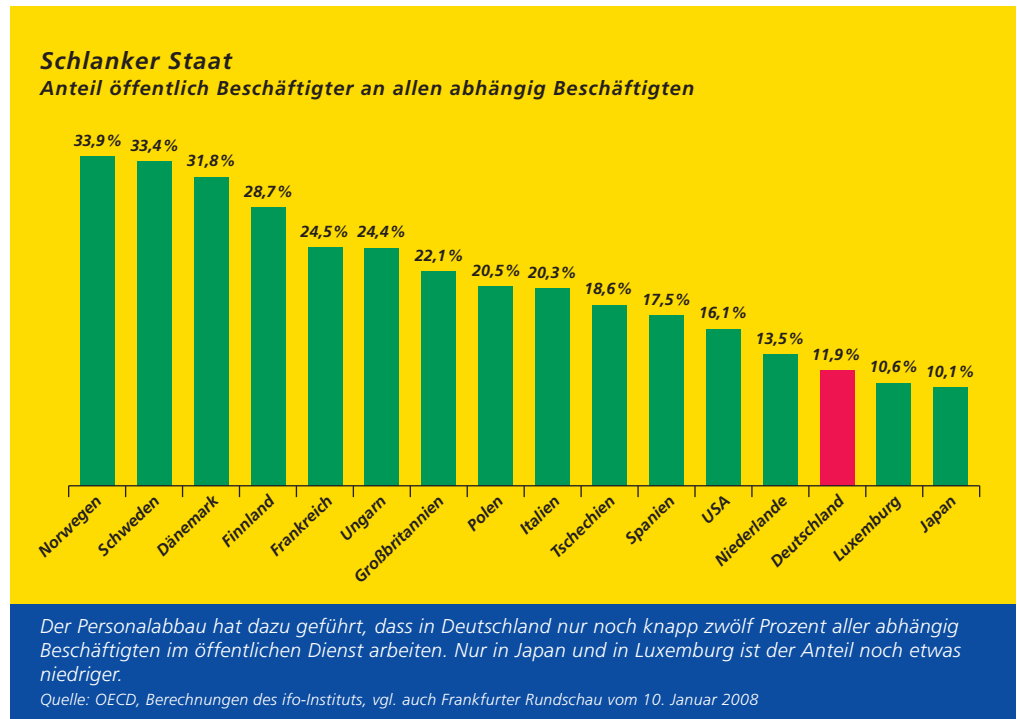
Weder verfügt Deutschland über einen im internationalen Vergleich übermäßig großen öffentlichen Sektor, noch ist der engere Bereich des in staatlichen Behörden beschäftigten Personals überdurchschnittlich dimensioniert, sondern eher durchschnittlich bis unterdurchschnittlich groß.

Jann/Wegrich/Tiessen: „Bürokratisierung“ und Bürokratieabbau im internationalen Vergleich – wo steht Deutschland?, Berlin 2007, Seite 28 f.

Die öffentlichen Arbeitgeber drohen, Mehrkosten aufgrund von Tariferhöhungen durch weitere Stellenstreichungen auszugleichen. Doch dieses Argument verfängt immer weniger. Zum einen wurde das Personal trotz aller Kürzungen und niedrigen Lohnsteigerungen auch in der Vergangenheit weiter heruntergefahren. Zum anderen

sehen auch die öffentlichen Arbeitgeber, dass mittlerweile eine Personaluntergrenze erreicht ist. Mit noch weniger Personal würde bald gar nichts mehr laufen.

Über kräftige Tariferhöhung lässt sich eine weitere Abkopplung des öffentlichen Dienstes von der allgemeinen Einkommensentwicklung verhindern.



Milliardengeschenke an Unternehmer und Reiche

„Ich muss immer mehr Steuern zahlen,“ so ärgern sich viele Beschäftigte. „Und alles wird teurer wegen der Mehrwertsteuer.“ Richtig, die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist Schuld an der Hälfte der Preissteigerungen im Jahr 2007. Jedoch kassiert der Staat im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nicht mehr Steuern als vor 30 Jahren.

Wie passt das zusammen?

Steuerliche Umverteilung von unten nach oben

Die Unternehmer und diejenigen, die von ihren Vermögen leben, haben massive Steuergeschenke erhalten. 1980 haben sie im Durchschnitt noch 20 Prozent Steuern gezahlt, heute nur noch zehn Prozent. Beschäftigte haben früher 16 Prozent im Durchschnitt gezahlt, heute sind es 18 Prozent.

Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen haben vor 30 Jahren noch mehr als 30 Prozent des Steueraufkommens des Staates finanziert, heute nur noch 20 Prozent. Dabei ist der Anteil der Gewinne und Vermögenseinkommen am gesamten Volkseinkommen kräftig gestiegen.

Steuersenkungen begünstigen Großverdiener

Die Steuerreformen der rot-grünen Koalition von 2000 bis 2005 führten zu Einnahmeausfällen von über 40 Milliarden Euro jährlich. Das heißt: Ohne Steuersenkungen hätte der Staat jedes Jahr 40 Milliarden Euro mehr Einnahmen.

Beschäftigte mit einem Durchschnittseinkommen wurden um etwa 2000 Euro im Jahr entlastet, ein Einkommensmillionär erhält 100.000 Euro im Jahr geschenkt. Hauptgrund dafür: die Senkung

des Spitzensteuersatzes von 53 auf nur noch 42 Prozent. Hiervon profitieren vor allem Steuerpflichtige mit hohem Einkommen. Steuerausfall: zehn Milliarden Euro im Jahr.

Und die große Koalition setzt die Geschenkkaktionen für die Reichen fort. Ab 2009 unterliegen Kapitaleinkünfte nur noch einer Abgeltungsteuer von 25 Prozent. Gegenüber dem bereits ermäßigten Spitzensteuersatz von 42 Prozent bedeutet das bei Zinseinnahmen von 100.000 Euro eine Steuerersparnis von 17.000 Euro.

Einbruch der Unternehmenssteuern

Rot-Grün senkte 2001 den Steuersatz für Aktiengesellschaften und GmbHs auf 25 Prozent. Zudem wurden Gewinne aus dem Verkauf von Anteilen an anderen Unternehmen komplett steuerfrei gestellt. Im Ergebnis kam es zu einem Einbruch der Steuereinnahmen um über 20 Milliarden Euro im Jahr. Erst 2006 erreichten die Steuereinnahmen wieder das Niveau des Jahres 2000, obwohl die Gewinne seitdem um zwei Drittel gestiegen waren.

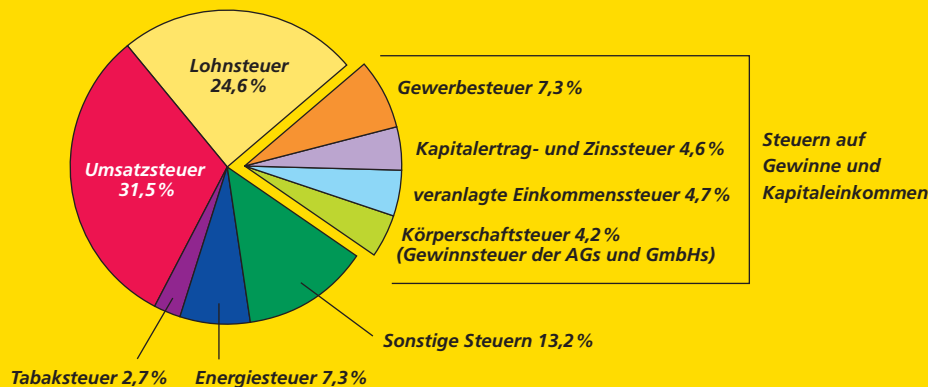
Doch schon ab 2008 tritt die nächste Unternehmenssteuersenkung in Kraft. Diesmal durch die große Koalition beschlossen. Das wird den Staat erneut zehn Milliarden Euro jährlich kosten.

Abkassiert wird bei uns!

Zum Ausgleich wird bei Verbrauchern und Beschäftigten abkassiert, insgesamt etwa 30 Milliarden Euro im Jahr. Unter anderem wurde die Entfernungspauschale gekürzt, Abfindungen sind jetzt voll steuerpflichtig und die

Wer finanziert den Staat?

Anteil der Steuerarten am Gesamteueraufkommen 2007



Den überwiegenden Anteil an der Finanzierung des Staates tragen die Beschäftigten und die Verbraucherinnen und Verbraucher. Auf Gewinne und Kapitaleinkommen entfallen nur ein Fünftel der Steuern.

Quelle: Steuerschätzung November 2007

Eigenheimzulage wurde gestrichen. Der dickste Brocken ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent.

Steuerparadies für Reiche und Erben

Die vom Verfassungsgericht geforderte Reform der Erbschaftsteuer nutzt die große Koalition, um Erben großer Vermögen massiv zu begünstigen. Die Freibeträge werden übermäßig erhöht und Betriebsvermögen fast völlig von der Erbschaftsteuer befreit. Dazu gehören etwa auch große Aktienpakete. Der Vorwand sind wieder einmal Arbeitsplätze, obwohl es keinerlei Belege für Gefährdungen aufgrund der Erbschaftsteuer gibt.

Deutschland wird immer mehr zur Steueroase für Superreiche.

Menschen mit Gewinn- und Vermögenseinkünften werden systematisch begünstigt.

Der Staat verschenkt Milliarden

Unternehmer versuchen immer wieder auch illegal Steuern in Milliardenhöhe zu „sparen“. Steuerprüfer decken das Jahr für Jahr auf. 14 Milliarden Euro sammelten sie 2006 zusätzlich ein! Viel geht ihnen durch die Lappen. Finanzminister in den Ländern setzen vielfach lasche Kontrollen von Unternehmern sogar bewusst als Anreiz zur „Wirtschaftsförderung“ ein.

Auch Millionäre schummeln gerne bei der Steuer. Allerdings werden sie kaum erwischt. Nur zehn bis 15 Prozent ihrer Steuererklärungen werden geprüft.

Diese lasche Prüfpraxis wird von den Finanzministern in Kauf genommen. Die meisten Steuererklärungen müssen ohne weitere Nachprüfungen „durchgewunken“ werden. Wegen des großen Personalmangels. Dabei würde es sich für den Staat mehr als lohnen, den Personalbestand bedarfsgerecht aufzustocken.*

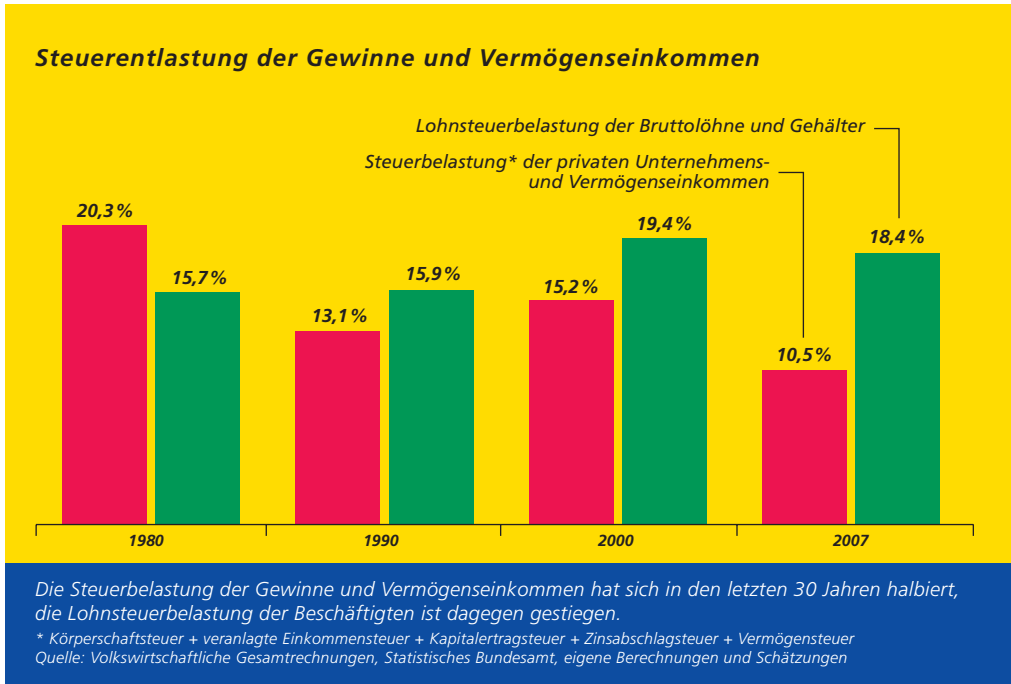
Mit mehr Personal und verstärkten Kontrollen könnte der Staat über zwölf Milliarden Euro jährlich mehr einnehmen.

* Vgl. zu diesem Kapitel die Broschüren des ver.di-Bereichs Wirtschaftspolitik „Skandal Steuervollzug“, Februar 2008, und „Konzept Steuergerechtigkeit“, Oktober 2004, www.wipo.verdi.de

Zwei-Klassen-Steuersystem

Bei den Beschäftigten überweist bereits der Arbeitgeber die Steuer an das Finanzamt. Vielfach zahlen sie sogar zu viel, weil sie die ihnen zustehenden Möglichkeiten, Werbungskosten oder Sonderausgaben abzuziehen, gar nicht nutzen.

Ganz anders bei Unternehmern und denjenigen, die Einkünfte aus Vermögen haben. Sie müssen selbst dem Finanzamt angeben, welche Einkünfte sie haben. Und da gibt es dann viele Tricks, um Steuern zu „sparen“. Faktisch wird nur die Hälfte der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen versteuert. Bei den Beschäftigten dagegen wird fast alles besteuert.



Mehr Steuergerechtigkeit: unsere Alternativen

Wir wollen, dass die öffentliche Hand wieder deutlich mehr Geld erhält. Damit der Staat die Zukunftsaufgaben in der Bildung und Erziehung wahrnehmen kann. Damit Straßen, Brücken, Kanalisation, kurz die Infrastruktur wieder saniert werden kann.

Und wir wollen, dass genügend Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt werden, um die vielen Aufgaben angemessen erledigen zu können. Das beginnt etwa bei der menschenwürdigen Pflege alter Menschen und ausreichend Erziehern und Erzieherinnen in der Kinderkrippe. Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssen an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben. Eigentlich selbstverständlich. Nur nicht für manche Politiker.

Was ist wichtiger:
die Zukunft unseres Landes,
die Zukunft unserer Kinder,
die Bekämpfung der
Arbeitslosigkeit – oder
die Privilegierung hoher
Einkommen und großer
Vermögen?

Spitzensteuersatz

Durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53 Prozent auf 42 Prozent verschenkt der Staat jedes Jahr (!) rund zehn Milliarden Euro. Alle, die mehr als 60.000 Euro im Jahr versteuern, haben davon einen Nutzen.

Deshalb fordert ver.di wieder eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 50 Prozent. Zu hoch? Wird so nur Steuerflucht begünstigt? Unter Kohl war der Spitzensteuersatz mit 53 Prozent noch höher. Und da soll ein Satz von 50 Prozent zum Untergang der abendländischen Kultur führen?

Nach all den Steuergeschenken fragt man sich: Um wie viel ist die Steuerflucht eigentlich zurückgegangen? Man kann sie nicht mit einer Billig-Steuer bekämpfen, dazu bedarf es Kontrollen.

In dem Konzept *Steuergerechtigkeit* von ver.di ist die Erhöhung des Spitzensteuersatzes ein wichtiger Eckpunkt. In Verbindung mit Tarifsenkungen für untere Einkommensanteile werden Steuerzahler mit einem Einkommen oberhalb 90.000 Euro belastet. Alle, die weniger zu versteuern haben, werden entlastet. Ein weiterer Eckpunkt ist das Stopfen von Schlupflöchern und die Begrenzung der Vorteile aus dem Ehegattensplitting, von dem Großverdiener übermäßig profitieren. Im Resultat führt das ver.di-Konzept bei der Einkommensteuer zu Mehreinnahmen von zehn Milliarden Euro.

ver.di fordert:

Der Spitzensteuersatz muss wieder auf 50 Prozent angehoben werden.



Unternehmen müssen wieder höhere Steuern zahlen

Die Aktiengesellschaften und GmbHs zahlten 2000 noch 24 Milliarden Euro Körperschaftsteuern. 2001 haben sie weniger als nichts gezahlt. In den letzten Jahren sind die Gewinne massiv gestiegen. Berücksichtigt man dies, so wären bei Anwendung der Regelungen des Jahres 2000 mindestens Steuereinnahmen von 40 Milliarden Euro im Jahr möglich gewesen. Tatsächlich lag das Steueraufkommen bei 23 Milliarden Euro.

Und die große Koalition setzte die Geschenke an die Konzerne fort. Mit der Unternehmensteuer „reform“ 2008 werden jährlich zehn Milliarden Euro verschenkt. Die Gemeinden werden 2008 mit über zwei Milliarden Euro belastet.

ver.di fordert:

Die Gewinnsteuer der Aktiengesellschaften und GmbHs soll wieder auf 30 Prozent angehoben werden. Außerdem müssen Steuerschlupflöcher gestopft werden.

Mit dem Konzept Steuergerechtigkeit finanzieren wir das Zukunftsinvestitionsprogramm – und mehr!

Hier soll etwas geändert werden	So viel fließt dann mehr in die Staatskasse
Vermögensteuer	+ 16 Mrd. Euro
Erbschaftsteuer	+ 6 Mrd. Euro
Lohn- und Einkommensteuer	+ 10 Mrd. Euro
Gewinnsteuern der Aktiengesellschaften und GmbHs – Körperschaftsteuer	+ 18 Mrd. Euro
Mehr Geld für die Gemeinden – Gemeindefinanzierung	+ 8 Mrd. Euro
Verbesserter Steuervollzug*	+ 12 Mrd. Euro
Und so viel kommt insgesamt zusammen	+ 70 Mrd. Euro

* Vgl. Seite 19.

Vermögensteuer und Erbschaftsteuer

Rot-Grün wollte eigentlich die Vermögensteuer wieder einführen. 16 Milliarden Euro hätte sie jedes Jahr zusätzlich bringen können. Die Reichen erhielten so ein über die Jahre aufgelaufenes Steuer-geschenk von über 100 Milliarden Euro!

Deshalb fordert ver.di die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Der Freibetrag soll bei 500.000 Euro liegen und der Steuersatz bei einem Prozent. Als Grundsatz muss gelten: Normale Familienvermögen bleiben steuerfrei.

Außerdem fordern wir eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer. Das bringt zusätzliche Einnahmen von sechs Milliarden Euro.

Unsere Zukunft ist machbar

Sachzwänge, wohin man auch schaut. „Es gibt keine Alternativen“, heißt es. Das ist falsch! Die „Sachzwänge“ des Sozialabbaus sind moderne Mythen. Und es gibt Alternativen!

ver.di fordert:

- Die Wiedererhebung der Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent und einem Freibetrag von 500.000 Euro für eine vierköpfige Familie.
- Eine höhere Besteuerung von großen Erbschaften.



Öffentliche Aufgabe: Zukunftsinvestitionen

150.000 Stellen bei Ämtern und Behörden gestrichen, 1.500 öffentliche Bäder geschlossen, 500 Bahnhöfe stillgelegt, ein Viertel aller Jugend- und Freizeitangebote weggekürzt, Kita-Plätze um 35 Prozent teurer – das sind Beispiele für den staatlichen Schrumpfkurs der letzten Jahre.

Sind wir so arm?

Unsere Kinder sehen in ihren Schulen den Putz von den Wänden bröckeln; für öffentliche Dienstleistungen müssen wir immer tiefer in die Tasche greifen; bei Behörden und Ämtern stehen wir immer länger Schlange; Bäder, Museen und Theater machen dicht oder sind für viele unerschwinglich teuer.

In den letzten Jahren hat der Staat so wenig investiert, dass unser gemeinsames öffentliches Vermögen sogar verfallen ist.

Schon unter der Kohl-Regierung und danach unter Rot-Grün sind die öffentlichen Ausgaben für Personal und Infrastruktur massiv heruntergefahren worden. Für öffentliche Bauten, Ausrüstung und Instandhaltung gaben Gemeinden, Bund und Länder Anfang der 1990er Jahre noch knapp drei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung aus. Heute ist es etwa die Hälfte davon. Der europäische Durchschnitt liegt bei 2,4 Prozent. Nur Österreich liegt noch hinter Deutschland. Zwischen 2003 bis 2006 waren die öffentlichen Investitionen in unserem Land sogar so niedrig, dass sie Abnutzung und Wertverluste nicht ausgeglichen haben – mit anderen Worten: Der Staat hat sein Vermögen verfallen lassen.

Trendwende?

Seit 2006 geht es wieder ganz leicht bergauf. Seit die Steuereinnahmen wieder höher sind, hat der Staat den Negativtrend bei den öffentlichen Investitionen zumindest gestoppt und ansatzweise umgekehrt. Die Ausgaben sind aber noch immer niedriger als 1999 – und unter Berücksichtigung der Preissteigerung liegen sie sogar erheblich darunter. Diese „Trendwende“ reicht bei weitem nicht aus, den Investitionsstau aufzulösen und die Weichen für unsere Zukunft richtig zu stellen.

Zukunftsprogramm

Statt Trippelbewegungen brauchen wir einen großen Schritt vorwärts. Wir wollen ein Zukunftsinvestitionsprogramm von 40 Milliarden

Euro jährlich.* Ein Programm, das den staatlichen Schrumpfkurs wirksam beendet und wichtige Investitionen in unsere Zukunft ermöglicht.

Wir wollen die Aufstockung der staatlichen Investitionen und Ausgaben: mehr und besser bezahltes Personal ebenso wie vermehrte Sachausgaben. Die eine Hälfte der Ausgaben soll in Erziehung und Bildung fließen, damit die Benachteiligung vieler Kinder endlich ein Ende hat. Die andere Hälfte ist für ein Investitionsprogramm vorgesehen, damit Gebäude, Brücken, Straßen und vieles andere wieder saniert werden können. Diese Mittel müssen vor allem den Kommunen zugute kommen, denn sie tragen rund 60 Prozent aller öffentlichen Investitionen.

Her mit dem schönen Leben!

Mehr und bessere Krippen, Kindertagesstätten und Horte ermöglichen jungen Menschen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Ganztagschulen mit kleinen Klassen und gute Berufsschulen verbessern die Lebenschancen unserer Kinder. Und ältere Menschen, unsere Eltern und Großeltern, sollen gut und qualifiziert betreut werden – egal ob mobil zu Hause oder im Heim. So wie wir es für uns selbst im Alter auch wünschen. Das alles erfordert gut ausgestattete Arbeitsplätze und qualifiziertes Personal.

Aufgabenfelder eines Zukunftsinvestitionsprogramms

Kinderbetreuung	7 Mrd. Euro
Bildung	8 Mrd. Euro
Hochschule und Forschung	6 Mrd. Euro
Gesundheit	3 Mrd. Euro
Verkehr	6 Mrd. Euro
Kultur	1 Mrd. Euro
Kanalisation	6 Mrd. Euro
Energie	3 Mrd. Euro
Gesamt	40 Mrd. Euro

Für unsere Zukunft brauchen wir zum Beispiel qualifizierte Erzieherinnen und Altenpfleger mit gut ausgestatteten Arbeitsplätzen.

Die Kanalisation in Deutschland verrottet und bedroht das Grundwasser. Der Reparaturstau erfordert inzwischen Milliardeninvestitionen. Viel zu viele Gebäude haben eine schlechte Wärmedämmung, in manchen sind Putz oder Dächer nur notdürftig geflickt. Der Ausbau von Bahn und Nahverkehr macht öffentlichen Verkehr attraktiver und würde vielen Beschäftigten den Umstieg vom PKW ermöglichen. All diese Felder bieten Bauarbeitern, Energieberaterinnen, Ingenieuren, Handwerkerinnen und Handwerkern Chancen, Geld verdienen zu können, anstatt die Hände in den Schusseln zu lassen.

Es gibt viel zu tun. Und es gibt trotz Aufschwung noch immer viel zu viele Menschen, die gerne wieder arbeiten möchten. Beides zusammengebracht kann die Lebenssituation für die bisher Erwerbslosen und für uns alle deutlich verbessern.

Wachstumsbremse Sparwut

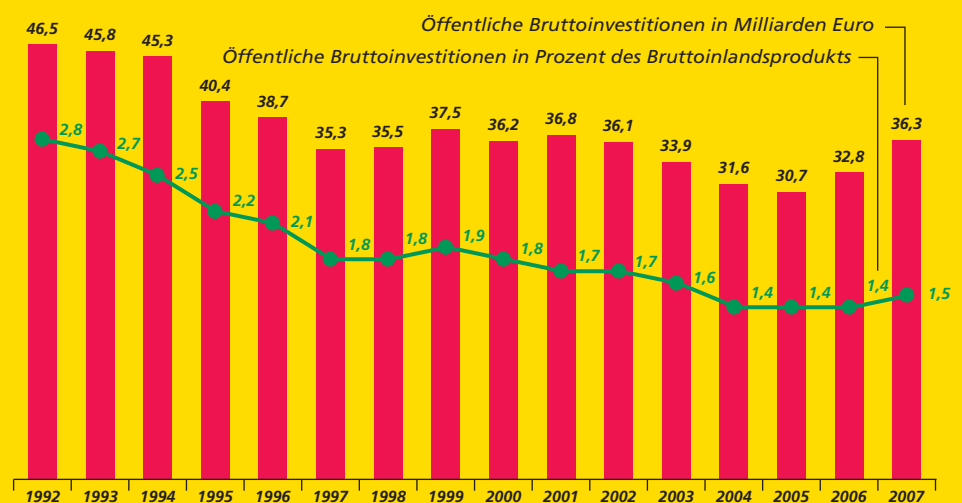
„Wegen der Staatsverschuldung können wir uns ein Zukunftsprogramm und ein besseres Leben nicht leisten.“ Dieses Argument ist schlicht falsch. Die vergangenen Jahre haben das zur Genüge gezeigt:

Schwaches Wachstum und rot-grüne Steuergeschenke an Reiche und Unternehmer haben die Haushaltsdefizite steigen lassen. Mit aller Gewalt und an allen Ecken und Enden hat der damalige Finanz-

minister und Sparschwein-Sammler Eichel darauf hin „gespart“. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind die Ausgaben tatsächlich kräftig gefallen. Gleichzeitig sind aber auch die Einnahmen weggebrochen. Deshalb blieben die Haushaltsdefizite hoch und die Verschuldung stieg weiter an. Erst als konjunkturbedingte neue private Investitionen und weitere Exportsteigerungen dem Aufschwung Beine machten, konnte Eichels Nachfolger Steinbrück die Hände reiben: Die Steuereinnahmen stiegen und die Defizite sanken.

Wirklich überraschend ist das nicht. Denn so paradox es auch klingen mag – was für eine einzelne Person oder Familie richtig sein mag, stimmt nicht für eine ganze Volkswirtschaft. Wenn der Staat „spart“, bremst er die wirtschaftliche Entwicklung aus: Er vergibt weniger Aufträge und stellt weniger Personal ein. Das heißt weniger Einkommen für Handwerksbetriebe und Beschäftigte insgesamt. Und weniger Einkommen bedeutet weniger Geld zum Ausgeben und zum Steuern zahlen. Die vom Staat durch Kürzungen erreichten „Sparfolge“ werden durch geringere Einnahmen wieder zunichte gemacht.

Viel zu wenig staatliche Investitionen



Von über 46 auf nur noch gut 30 Milliarden Euro haben Bund, Länder und Gemeinden die Ausgaben für öffentliche Investitionen zusammengekürzt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt haben sich die Ausgaben seit Anfang der 1990er Jahre auf nur noch 1,4 Prozent halbiert – Tendenz wieder leicht steigend. In den 1970er Jahren betrug der Anteil noch vier Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; für 2007 Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007

Öffentliche Aufgabe: Zukunftsinvestitionen

24

Konzepte von vorgestern?*

*Einwand:
Investitionsprogramme entfachen
nur ein kurzes „Strohfeuer“*

*Bei dem von uns vorgeschlagenen
Programm handelt es sich nicht um
eine einmalige Aktion, sondern um
eine dauerhafte Erhöhung staatlicher
Ausgaben für Personal und
Sachinvestitionen. Wir machen kein
Strohfeuer, wir installieren eine
Zentralheizung.*

*Einwand:
Investitionsprogramme sind
schon früher gescheitert*

*1977 hatte die Regierung unter
Helmut Schmidt ein Investitions-
programm in Höhe von 16 Milliar-
den DM aufgelegt. Selbst der FDP-
Wirtschaftsminister bewertete das
Konjunkturprogramm positiv. Das
Wachstum stieg bis 1979 auf über
vier Prozent an. Die Zahl der
Erwerbstätigen wuchs von 1977
bis 1980 um 1,1 Millionen.*

*Einwand:
Zuerst Schulden abbauen!*

*Wir wollen unser Zukunftsinvesti-
tionsprogramm nicht durch neue
Schulden finanzieren; abgesehen
von kurzfristigen Zwischenfinan-
zierungen. Wir wollen die Steuer-
geschenke der Regierungen Kohl,
Schröder und Merkel an Reiche,
Vermögende und Unternehmen
wieder zurückführen; siehe die
Vorschläge auf Seite 20 und 21.*

* Mehr zu verschiedenen
Einwänden in: ver.di-
Bundesvorstand (Hrsg.):
In unsere Zukunft inves-
tieren, Seite 22.

1.000.000 neue Arbeitsplätze!

Trotz der sprudelnden Steuern hat der Staat bei den Ausgaben das durchgedrückte Bremspedal bisher nur leicht gelockert. Mit dem Zukunftsprogramm würde er endlich Gas geben. Die Finanzierung muss durch eine wieder stärkere Beteiligung von Reichen und

Unternehmern an unseren Gemeinschaftsaufgaben erfolgen. Eine Million zusätzliche Arbeitsplätze würden entstehen. Das ist wissenschaftlich untersucht und durchgerechnet.

Das Zukunftsprogramm schafft Wachstum und Arbeitsplätze in sinnvollen Bereichen und stärkt die öffentlichen Finanzen.

Außerdem fällt das Wirtschaftswachstum deutlich höher aus, und zwar in sozial und ökologisch sinnvollen Bereichen. Höheres Wachstum – das zeigt die aktuelle Entwicklung – bringt höhere Steuereinnahmen. Die Verschuldung nimmt ab und nicht zu.



Quellen und Literatur

- Torsten Brandt/Thorsten Schulten/Gabriele Sterkel/Jörg Wiedemuth (Hrsg.), Europa im Ausverkauf. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Folgen für die Tarifpolitik, Hamburg 2008.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sozialbudget 2006.
- Markus M. Grabka/Joachim R. Frick, Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Wochenbericht, Nr. 45, 2007, Seite 665–672.
- Cornelia Heintze, Nur ein „Trick“? – Die Bedeutung des Staates als Arbeitgeber für Quantität und Qualität von Beschäftigung im skandinavisch-deutschen Vergleich, in: Intervention. Zeitschrift für Ökonomie, Nr. 1, 2007, Seite 40–57.
- Werner Jann/Kai Wegrich/Jan Tiessen, „Bürokratisierung“ und Bürokratieabbau im internationalen Vergleich – wo steht Deutschland? Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007.
- Michael Janetschek, Privatisierung und ÖPP als Ausweg? Kommunal Finanzen unter Druck – Handlungsoptionen für Kommunen, Ernst&Young, Stuttgart 2007.
- Nicola Liebert, Wie sich der Staat selbst das Wasser abgräbt – und was dagegen zu tun wäre. Die deutsche Steuerpolitik auf dem Prüfstand, Münster 2007.
- Werner Rügemer, Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz, Münster 2006.
- Dietrich Stache/Thomas Forster u. a., Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen – Datenbasis zur Beurteilung der Qualität der Staatsausgaben? Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 12/2007.
- Wirtschaftliche Risiken steigen – höhere Einkommen jetzt! Wirtschaftspolitische Informationen 5/2007.
- Erbschaftsteuer reformieren! Bringt sechs Milliarden für unsere Zukunft, Wirtschaftspolitische Informationen 4/2007.
- In unsere Zukunft investieren, ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, Februar 2006.
- Konzept Steuergerechtigkeit. Gerechte Steuern – Staatsfinanzen stärken, ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, Oktober 2004.
- Arm trotz Arbeit? Wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn, 3. Auflage, Juni 2007.

ver.di-Materialien

- Tarifrunde öffentlicher Dienst 2008, ver.di Ressort 13, Tarifsekretariat Öffentlicher Dienst.
- Skandal Steuervollzug, ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, Februar 2008.
- Steuern sprudeln – genug gespart! Wirtschaftspolitische Informationen 6/2007.

Die Materialien des Bereichs Wirtschaftspolitik finden sich auf der Website www.wipo.verdi.de. Dort können sie über einen elektronischen Verteiler abonniert werden.

www.genuggespart.de
www.wipo.verdi.de



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**